SoVD
Sozialverband Deutschland
Soziales im Blick

Nr. 11 | SoVD-Zeitung | Ausgabe Berlin / Brandenburg | November 2012

SoVD-Bundesfrauenkonferenz zum Thema Frauengesundheit

Ungleiches nicht gleich behandeln

„Leitlinien, die für alle gelten, haben mit Individualität nichts zu tun!“ Und: „Es ist nicht nur unzulässig, Gleiches ungleich zu behandeln, sondern genauso schädlich und unrecht, wenn Ungleiches gleich behandelt wird.“ Feststellungen wie diese, belegt durch zahlreiche Beispiele aus der gesundheitspolitischen Praxis, standen im Vordergrund der diesjährigen Bundesfrauenkonferenz des Sozialverband Deutschland (SoVD) in Berlin. Denn nicht nur in der Arbeitsmarkt- oder Familienpolitik, sondern auch in der Gesundheitspolitik und der medizinischen und pflegerischen Versorgung ist es immer noch die Regel, dass der Gleichheitsgrundsatz aus Artikel 3 des Grundgesetzes verletzt wird.

Fotos (2): Herbert Schlemmer

Die großen Unterschiede zwischen den Geschlechtern in Ausprägung und Wahrnehmung von Erkrankungen waren Thema der SoVD-Bundesfrauenkonferenz „Frauenherzen ticken anders“.

Auf SoVD-Bundesebene haben die Frauen des Verbandes das Thema Frauengesundheit längst als Schwerpunkt aufgegriffen. So lautete das Motto der überaus gut besuchten Veranstaltung am 16. Oktober im Tagungszentrum der Katholischen Akademie „Frauenherzen ticken anders!“ Auf der Tagesordnung standen dabei Vorträge über die umstrittenen Individuellen Gesundheitsleistungen (IGeL), das Mammografie-Screening, den häufig fehldiagnostizierten weiblichen Herzinfarkt und die Ernährungsgewohnheiten von Frauen *(siehe Seite 2)*.

„Eine verstärkte Differenzierung nach den spezifischen Bedürfnissen von Frauen und Männern, an der alle Versicherten gleichermaßen teilhaben, wird nach unserer Überzeugung dazu beitragen, dass die Gesundheitsversorgung effektiver wird und Probleme der Unter- und Fehlversorgung, insbesondere von Frauen, abgebaut werden können“, sagte Edda Schliepack in ihrer Begrüßungsansprache. Sie befürwortete dabei ausdrücklich, dass die Gesundheitspolitik in Deutschland in den vergangenen Jahren das Thema der besonderen gesundheitlichen Belange von Frauen entdeckt habe und sich verstärkt um eine geschlechterspezifische Herangehensweise bemühe. Zu den ersten Bewegungen der Bundes- und auch der Länderpolitik habe maßgeblich der Grundsatz des sogenannten Gender Mainstreaming beigetragen, so die Sprecherin der Frauen. Die Methode sei von der europäischen Kommission für die Mitgliedstaaten verankert worden. Damit solle sichergestellt werden, dass die Politik in allen Bereichen bereits im Planungsstadium die spezifischen Belange von

Fortsetzung auf Seite 2

Anzeige

www.menschenAb50.de

Als SoVD-Mitglied genießen Sie besonders günstigen und speziellen Schutz.

Pflegerenten-Risikoversicherung

- Beitrittsalter 18-80 Jahre
- Wahl der monatlichen Pflegerente von 150 bis 2.000 EUR
- Im Pflegefall nach dem 3. Versicherungsjahr lebenslange Leistung
- Finanzielle Entlastung bereits ab Pflegestufe 0
- Beitragsbefreiung bei Eintritt des Pflegefalles

Haben Sie Interesse?

ERGO Lebensversicherung AG
Organisation für Verbandsgruppenversicherungen
22287 Hamburg

ERGO

Blickpunkt

Frankreichs Präsident Hollande hat ernst gemacht: Am letzten Wochenende passierte die umstrittene Spitzensteuer von 75 Prozent für Höchsteinkommen die Nationalversammlung in Paris. Wer über eine Million Euro verdient, soll diese Abgabe nun zahlen. Begründet wird die neue Steuerklasse mit der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich auch bei den französischen Nachbarn. Den Ruf nach mehr sozialem Ausgleich gibt es vor dem Hintergrund steigender Vermögens- und Einkommensungleichheit ebenso in Deutschland. Die großzügige steuerliche Entlastung von Besserverdienenden oder Großunternehmen soll nicht länger durch staatlich verordnete Belastungen der unteren Einkommensgruppen kompensiert werden. Aktuell hat der SoVD Forderungen erhoben, Steuerpflichtige mit hohem Einkommen und Vermögen stattdessen künftig stärker an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben zu beteiligen. Wir fordern die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Einführung einer Finanztransaktionssteuer und die Anhebung des Spitzensteuersatzes. Früher lag dieser bei 53 Prozent – nach einer schrittweisen Absenkung seit 2000 heute nur noch bei 42 Prozent. Insofern ist die Forderung einer Erhöhung auf 56 Prozent mit Blick auf die Franzosen vergleichsweise moderat.

Adolf Bauer
SoVD-Präsident

Positionen aus der Lebenswirklichkeit

SoVD auf der RehaCare

Seite 7

Helfen mit Schnauze und Pfoten

Selbstausbildung zum Behindertenbegleithund

Seite 9

Soziale Spaltung stoppen

Parlamentarischer Abend mit aktuellem Motto

Seite 3

Die Sprachlosigkeit überwinden

ARD-Themenwoche „Leben mit dem Tod“

Seite 24

Zahlen oder sparen

Energiepreise steigen weiter

Seite 5

Fortsetzung von Seite 1

Ungleiches nicht gleich behandeln

Frauen und Männern berücksichtige, erläuterte Schliepack den Grundsatz.

93 Jahre aktive und eigenständige Frauenarbeit

Dabei sei besonders wichtig, dass die im jeweiligen Zusammenhang unterschiedlichen konkreten Lebenslagen berücksichtigt würden, betonte Schliepack: „Für die Witwe des Sozialrentners stellen sich die Dinge eben anders dar als für eine Jungunternehmerin, für die Putzfrau türkischer Herkunft oder die Bankiersgattin.“ Nicht ohne Stolz stellte Schliepack fest, dass man im SoVD nicht bei Null beginnen müsse. „Wir verfügen über eine aktive und eigenständige Frauenarbeit, die bereits auf eine 93-jährige Tradition zurückblicken kann. Die Interessenvertretung von Patientinnen und Patienten gehört zu unseren satzungsgemäßen Aufgaben.“

Frauen und Männer sind anders krank

„Frauen gehen vor dem Hintergrund unterschiedlicher Sozialisationserfahrungen und Lebensbedingungen auch auf verschiedene Weise mit Gesundheit, Krankheit und Belastungen um“, stellte ebenso SoVD-Präsident Adolf Bauer in seinem Grußwort fest. „Frauen und Männer sind anders krank und werden anders gesund.“ Das Thema Frauengesundheit sei ein trauriges Beispiel dafür, wie groß der Unterschied zwischen Anspruch und Wirklichkeit im Hinblick auf die Gleichberechtigung von Männern und Frauen immer noch sei, sagte Bauer. Ausdrücklich sprach er dabei der bisherigen Arbeit der Frauen im SoVD seine Hochachtung aus.

Warum und auf welche Weise diese Fakten immer noch ignoriert werden, zeigten auf eindringliche Weise die nachfolgenden Vorträge der Referentinnen *(siehe Kästen unten)*.

Frauensprecherin Edda Schliepack (re.) dankt Dr. Simone Real, Referentin im SoVD-Bundesverband, für die Organisation.

Alle Fotos (6): Herbert Schlemmer

Auch SoVD-Präsident Adolf Bauer (Mitte) war Gast der Bundesfrauenkonferenz.

Mitreißender Schwung der vier brassgirls

Musikalisch untermalt wurde die von Susanne Lörx moderierte Veranstaltung von den brassgirls. Wendig, mit großem Sound und ganz ohne verstärkenden Strom sorgten die vier Musikerinnen in der Besetzung Saxophon, Tuba, Banjo und Snaredrum für mitreißenden Schwung.

Insgesamt leistete die gut besuchte Bundesfrauenkonferenz, die von Dr. Simone Real, Referentin im Bundesverband inhaltlich vorbereitet und begleitet wurde, einen wichtigen Beitrag dazu, die Notwendigkeit einer geschlechtssensiblen Gesundheitspolitik für Frauen ein großes Stück voranzubringen.

Große Beteiligung befreundeter Verbände

Das zeigte unter anderem die große Beteiligung von Kolleginnen und Kollegen aus befreundeten Verbänden, von ver.di, vom DGB, der Seniorenvertretung, den Gleichstellungsbeauftragten aus den Berliner Bezirken sowie die rege Teilnahme aus den eigenen Reihen des SoVD – von Präsidiums- und Vorstandsmitgliedern über die Landesfrauensprecherinnen bis hin zum Hauptamt.

Behinderte, alleinerziehende und ältere Frauen stärken

Die Frauen im SoVD-Bundesverband und in den Landesverbänden werden sich weiterhin mit Nachdruck in die politische Diskussion einmischen und die berechtigten sozialpolitischen Interessen von Frauen mit Nachdruck vertreten. Dies gilt insbesondere für die Interessen der in hohem Maße von fehlender Gleichberechtigung betroffenen Gruppen: der älteren, behinderten und alleinerziehenden Frauen sowie der berufstätigen Mütter. *veo*

Über Nutzen und Risiken der IGeL informieren

Mechthild Rawert MdB (SPD) und SoVD-Mitglied

Immer öfter bieten Arztpraxen individuelle Gesundheitsleistungen (IGeL) an. Diese müssen privat zugezahlt werden – häufig ohne vorherige Diagnose. Damit Patientinnen und Patienten besser geschützt werden, fordert der SoVD, die zusätzlichen Leistungen gesetzlich mit konkreten Anforderungen zu regeln.

In ihrem Vortrag „IGeL – alles nur Abzocke?“ kritisierte auch Mechthild Rawert, MdB (SPD) und dort Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und SoVD-Mitglied, den Umgang vieler Praxen mit den IGeL-Leistungen. „Die zunehmende Ökonomierung des Gesundheitswesens macht sich auch hier deutlich. Die Selbstzahlerleistungen werden häufig schon vor der Behandlung am Empfang angeboten ohne jede vorherige Untersuchung.“ Über Risiken und Nutzen der Untersuchungen, so etwa bei der gynäkologischen Ultraschall-Vorsorge, werde in der überwiegenden Zahl der Fälle nicht informiert, so Rawert. Wie der SoVD fordert auch Rawert eine ausführliche Beratung über Nutzen, Risiken und Alternativen der IGeL, Aufklärung über die Kosten, einen schriftlichen Vertrag sowie ausreichend Bedenkzeit.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an Ihre SoVD-Beratungsstelle. Die Anschriften erfahren Sie unter www.sovd.de.

„Frauen essen anders“

Jutta Jaschke Referentin bei der Verbraucherzentrale

„Für Frauen hat die Ernährung eine andere Funktion und Dimension. Frauen haben andere Nahrungspräferenzen und verhalten sich anders auf dem Gesundheitsmarkt.“ (...) „Der Obst- und Gemüseverzehr ist in allen Altersstufen bei Frauen und Männern im Defizit.“

„Diagnosen oft falsch gestellt“

Monika Fränznick Diplompolitologin Gesundheitscoach

„Nur bei der Hälfte aller weiblichen Herzinfarkte treten die klassischen Symptome auf. Häufige Fehldiagnosen führen zu deutlich geringeren Überlebenschancen bei Frauen.“ (...) „Bis zu 80 Prozent der Herzinfarkte könnten durch gesündere Lebensweise vermieden werden.“

„Nicht nur in den Zellen forschen“

Dr. Angelika Voß Humanbiologin und Pädagogin

„Wir müssen nicht nur sehen, wie es in den Zellen, sondern auch, wie es in der Gesellschaft aussieht. Was sind die Strukturen, die krank machen?“(...) „Für eine personalisierte Medizin fehlen Forschungen zu Ursachen für Krebsentstehung außer auf molekulargenetischer Ebene.“

Foto: Wolfgang Borrs

„Wir müssen unsere sozialen Sicherungssysteme wieder stärken!“, forderte SoVD-Präsident Adolf Bauer in den Räumen der Parlamentarischen Gesellschaft.

Foto: Wolfgang Borrs

SoVD-Präsident Adolf Bauer (li.) und Heinrich Alt, BA-Vorstandsmitglied.

Motto des Parlamentarischen Abends des SoVD aktueller denn je

Soziale Spaltung stoppen, Wohlstand gerecht verteilen

„Soziale Spaltung stoppen – Wohlstand gerecht verteilen“. Das Thema, das der Sozialverband Deutschland (SoVD) zum Motto des diesjährigen Parlamentarischen Abends gemacht hatte, ist drängend. Nicht nur für die überwiegende Zahl der Menschen in unserem Land sind die Fragen nach gerechter Verteilung, nach Chancengleichheit und Teilhabe allgegenwärtig. Auch in den politischen Debatten, in der medialen Berichterstattung und in zahlreichen Foren wird die zunehmende soziale Schieflage aktueller diskutiert denn je.

Foto: Herbert Schlemmer

Hubert Hüppe, Behindertenbeauftragter der Bundesregierung.

Foto: Herbert Schlemmer

Bundesfrauensprecherin Edda Schliepack (li.) und Sabine Schudoma, Präsidentin Sozialgericht Berlin.

Rund 200 Gäste, darunter zahlreiche Bundestagsabgeordnete, Vertreter befreundeter Verbände, Organisationen und Institutionen sowie des SoVD waren der Einladung des Verbandes in die Räume der Parlamentarischen Gesellschaft gefolgt.

„Es läuft etwas schief in unserem Land“, stellte SoVD-Präsident Adolf Bauer in seiner Eröffnungsansprache fest, nachdem er die Gäste willkommen geheißen hatte. „Die Zahl von prekären Arbeitsverhältnissen nimmt kontinuierlich zu. Menschen mit Behinderung werden vom 1. Arbeitsmarkt ausgeschlossen. Wir haben große Missstände im Pflegebereich. Die Mittelschicht schrumpft. Rund jeder zehnte Deutsche ist auf Hartz IV angewiesen“, benannte Bauer die Fakten. Seine Feststellungen untermauerte der SoVD-Präsident u.a. mit Bezug auf die Ergebnisse des neuen Armutsberichtes der Bundesregierung, aber auch auf Studien angesehener Institute vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) bis zur Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Während der private Reichtum Einzelner in Deutschland immer größer werde, schrumpfe das Vermögen des Staates und weiter Teile der Bevölkerung – und das trotz guter Steuereinnahmen. Damit sei klar: „Wir haben nicht nur ein Finanzierungs-, sondern auch ein Verteilungsproblem.“ Bauer verwies dabei auf das umfassende Konzept des Verbandes für eine verteilungsgerechte Gesellschaft.

Foto: Herbert Schlemmer

SoVD-Präsident Adolf Bauer (li.) begrüßt Gastredner Hans-Joachim Fuchtel, Parlamentarischer Staatssekretär (MdB/CDU-CSU).

Hans-Joachim Fuchtel, Parlamentarischer Staatssekretär (MdB/CDU-CSU), würdigte als Gastredner ausdrücklich die sozialpolitische Arbeit des SoVD: „Im BMAS hat Ihr Verband offene Türen!“ Einigkeit bestehe u.a. darüber, dass es zunehmend darauf ankomme, bessere Bedingungen in einer älter werdenden Arbeitsgesellschaft zu gestalten. Konsens gebe es auch in der Frage, dass gesellschaftliche Gruppen nicht auseinanderbrechen dürften. „Deutschland ist das wirtschaftlich stärkste Land in Europa. Das kann nicht alles sein. Deutschland muss dafür sorgen, dass die soziale Dimension auch gelebt wird.“ Nach den Redebeiträgen nutzten die Anwesenden die Gelegenheit zum intensiven politischen Gespräch. *veo*

Die Broschüre „Für einen solidarischen und verteilungsgerechten Sozialstaat – Kernforderungen des SoVD“ steht zum Download unter: www.sovd.de bereit.

Foto: Wolfgang Borrs

SoVD-Vizepräsident Gerhard Renner (re.) und RA Dr. Hans-Georg Belz (GIRO).

Foto: Herbert Schlemmer

Ragnar Hoenig, Abteilungsleiter Sozialpolitik im SoVD (li.), und Matthias Birkwald, MdB/Die Linke.

Foto: Herbert Schlemmer

Bundesgeschäftsführerin Martina Gehrmann mit Hans-Werner Lange, Vizepräsident des Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverbandes e.V.

Foto: Wolfgang Borrs

Nach den Redebeiträgen nutzten die Anwesenden bis in den späten Abend die Gelegenheit zum intensiven politischen Gespräch und Austausch.

Bundesagentur für Arbeit richtet Vermittlungsstelle ein

Schwerbehinderte Akademiker unterstützen

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) hat eine speziellen Vermittlungsstelle für schwerbehinderte Akademikerinnen und Akademiker eingerichtet. Aufgabe der Vermittlungsstelle ist es, diese Personengruppe beim Übergang auf den Arbeitsmarkt gezielt zu unterstützen. Der Service ist in der Zentralen Auslands- und Fachvermittlung (ZAV) der BA in Bonn angesiedelt. Er wendet sich an Arbeitgeber, die Hochschulabsolventen mit Schwerbehinderung einstellen möchten.

Die Zahl arbeitsloser Akademikerinnen und Akademiker steigt – entgegen dem allgemeinen Trend – weiter an: Im Juni 2012 waren bundesweit 6870 Akademiker/-innen mit Schwerbehinderung arbeitslos gemeldet. Gründe hierfür sind die zunehmende Zahl schwerbehinderter Hochschulabsolventen sowie die schlechteren Studienbedingungen für schwerbehinderte Studierende. Daraus ergeben sich schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Jedoch gibt es darüber hinaus weiterhin auch Vorbehalte bei der Arbeitgeberschaft, schwerbehinderte Akademiker einzustellen.

Kooperationen und Projekte zur Inklusion

Die Arbeit der Vermittlungsstelle für schwerbehinderte Akademiker/-innen fußt auf drei Säulen: a) Beratung der Arbeitgeber zur Einrichtung, Ausstattung und Finanzierung von Arbeitsplätzen sowie zur Unterstützung bei der Beschäftigung schwerbehinderter Akademiker b) gezielte, passgenaue Vermittlungsangebote für schwerbehinderte Akademiker sowie c) Kooperationen und Projekte zur Inklusion schwerbehinderter Akademiker mit Arbeitgebern und Interessensverbänden. Die Vermittlungsstelle führt in Zusammenarbeit mit Beratungsstellen der Hochschulen und dem Deutschen Studentenwerk Info-Veranstaltungen für Absolventen mit Behinderung durch. Auch berufserfahrene Akademiker/-innen können in den Bewerberpool der ZAV aufgenommen werden. Zudem werden zahlreiche Projekte initiiert. So werden z. B. zusätzliche Stellen – vorrangig im Öffentlichen Dienst und in der Wissenschaft – geschaffen. Infos zu den Angeboten sind im Internet erhältlich unter: http://www.arbeitsagentur.de/Dienststellen/besondere-Dst/ZAV/Downloads/SB/sb-AG-Flyer.pdf oder können an ihrem Dienstsitz (53123 Bonn, Villemombler Straße 76) angefordert werden. Per E-Mail ist das Team unter ZAV-Bonn.SBAkademiker@arbeitsagentur.de erreichbar. Der SoVD unterstützt die Angebote der ZAV und setzt sich dafür ein, dass diese noch bekannter werden. *ct*

Zahlen des Statistischen Bundesamtes belegen Armutsgefährdung

Niedriglöhne machen arm

Die Nationale Armutskonferenz (NAK) hat die Einkommen in Deutschland untersucht. Dabei kommt auch sie zu dem Ergebnis, dass die Armutsgefährdung in Deutschland gewachsen ist. Schuld ist der Analyse nach vor allem der Niedriglohnsektor, in dem hierzulande fast jeder Vierte arbeitet.

Der erstmals herausgegebene Schattenbericht soll ein Gegenentwurf zum alle vier Jahre erscheinenden Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung sein, der voraussichtlich Mitte November im Kabinett behandelt werden soll *(wir berichteten)*. Auch die Bundesregierung war in ihrem Bericht zu dem Ergebnis gekommen, dass sich die Kluft zwischen Arm und Reich vertieft hat. Die NAK ist ein Zusammenschluss von Verbänden der freien Wohlfahrtspflege, der Kirchen, des DGB und bundesweit organisierter Initiativen.

Die Einkommensarmut in weiten Teilen der Bevölkerung schafft nach Einschätzung des NAK-Schattenberichts eine millionenfache Nachfrage nach Billigstprodukten und -arbeit. Weitere Armut sei die Folge. Wie der Sozialverband Deutschland (SoVD) seit langem, fordert auch die NAK u.a. gesetzliche Mindestlöhne und höhere Hartz-IV-Regelsätze.

Foto: ghfotografie /fotolia

Das größte Armutsrisiko hatten im Jahr 2010 alleinerziehende Mütter oder Väter und ihre Kinder.

Alarmierende Zahlen auch vom Statistischen Bundesamt

Auch das Statistische Bundesamt hat alarmierende Zahlen zum Armutsrisiko in Deutschland herausgegeben. Sie belegen, dass im Jahr 2010 12,8 Millionen Menschen so wenig Geld zur Verfügung hatten, dass sie von Armut bedroht waren. Dies entspricht einem Anteil von 15,8 Prozent der Bevölkerung.

Als armutsgefährdet galt, wer monatlich weniger als 952 Euro zur Verfügung hatte. Wer nur einen Euro mehr hatte, wurde nicht zur Risikogruppe gerechnet. Das größte Armutsrisiko hatten in 2010 alleinerziehende Mütter oder Väter und ihre Kinder. Von ihnen waren 37,1 Prozent armutsgefährdet. Alarmierend hoch war auch die Quote bei den alleinlebenden Menschen unter 65 Jahren (36,1 Prozent). Die Armutsquote von Kindern unter 18 Jahren lag bei 15,6 Prozent. Bei älteren Menschen ab 65 Jahren lag die Quote bei 14,2 Prozent. Frauen waren insgesamt häufiger von Armut betroffen als Männer: In der männlichen Bevölkerung lag der Anteil bei 14,9 Prozent, unter Frauen bei 16,8 Prozent.

SoVD-Präsident Adolf Bauer fordert Gegenmaßnahmen: Es sei ein Armutszeugnis, wenn Millionen Menschen in Deutschland nicht vernünftig heizen können, weil das Geld nicht reicht, sagte Bauer in einem Exklusivgespräch der Neue Ruhr /Neue Rhein Zeitung. „Ein wirksames Konzept gegen die Altersarmut und höhere Hartz-IV-Sätze wären erste wichtige Schritte."

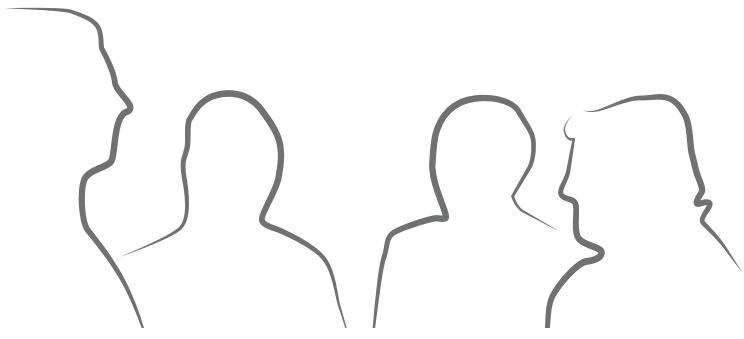


Foto: BBW Bremen

Bewundert die im Berufsbildungswerk Bremen geleistete Arbeit: Edda Schliepack (re.) mit Gerd Meyer-Rockstedt.

SoVD im Gespräch + SoVD im Gespräch +

Treffen zur Frauenpolitik in Bremen

Zu ihrem jährlichen Treffen kamen die Landesfrauensprecherinnen in Bremen zusammen. Im dortigen Berufsbildungswerk wurden sie von Geschäftsführer Gerd Meyer-Rockstedt herzlich begrüßt. Unter der Leitung von Bundesfrauensprecherin Edda Schliepack tauschten sich die Frauen über die Arbeit in den Landesverbänden aus. Diskutiert wurde auch über das Betreuungsgeld, die Demografiestrategie der Bundesregierung und die Öffentlichkeitsarbeit der Frauen im SoVD. Bei einem Rundgang stellte Gerd Meyer-Rockstedt die Einrichtung vor und berichtete über die Arbeit des Berufsbildungswerkes.

Haushalt: Sparen um jeden Preis?

Die Bundesregierung plant, bis 2016 einen annähernd ausgeglichenen Bundeshaushalt zu erreichen und legte den Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes vor. Dieser sieht unter anderem eine Kürzung von Zuschüssen in der gesetzlichen Renten-, Arbeitslosen- und Krankenversicherung vor. Der SoVD ist alarmiert: Die massiven Einschnitte auf Kosten der Sozialversicherung könnten in der Folge dazu führen, dass Versicherte höhere Beiträge zahlen müssen oder weniger Leistungen erhalten. Der SoVD fordert den Bund deshalb auf, seiner finanziellen Verantwortung auch künftig in verlässlicher Weise nachzukommen.

Aktionsplan weist deutliche Lücken auf

Eine Anhörung des Europäischen Sozial- und Wirtschaftsausschusses widmete sich dem sogenannten Beschäftigungspaket. Mit diesem Aktionsplan der Europäischen Union soll die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit in Europa bekämpft werden. Nach Auffassung des SoVD beinhalten die Vorschläge jedoch kein überzeugendes Konzept zur nachhaltigen Verbesserung der Beschäftigungssituation. Die zuständige Referentin des SoVD-Bundesverbandes, Gabriele Hesseken, kritisierte insbesondere, dass darin keinerlei Aussagen zur Verbesserung der Situation von Menschen mit Behinderung gemacht werden.

Für 2013 ist mit höheren Energiepreisen zu rechnen

Strom: mehr zahlen oder sparen

Ob in diesem Jahr oder erst ab 2013, die Strompreise in Deutschland werden voraussichtlich steigen. Eine Möglichkeit besteht darin, Strom zu sparen und dadurch die Kosten zu reduzieren. Der SoVD warnt allerdings vor Energiearmut und fordert Sozialtarife.

Im Jahr 2000 läutete die rot-grüne Bundesregierung die Energiewende ein. Wurden Kohle- und Atomkraft bisher über Steuern und Abgaben indirekt gefördert, sollte die Förderung der Ökoenergie nun direkt erfolgen. Wer Strom aus einer erneuerbaren Quelle produziert, erhält seitdem eine Umlage, welche die Verbraucher über ihre Stromrechnung bezahlen. Dieser Anteil erhöht sich ab 2013 von 3,6 auf 5,3 Cent pro Kilowattstunde. Für einen Einzelhaushalt ergeben sich somit Mehrkosten von etwa 60 Euro im Jahr.

Preise vorerst stabil

Zwar haben die großen Netzbetreiber bereits angekündigt, diese Mehrkosten zunächst nicht an ihre Kunden weiterzugeben, mit höheren Strompreisen ist aber im Laufe des kommenden Jahres wohl dennoch zu rechnen. Darauf weisen auch Verbraucherschützer hin und raten gegebenenfalls zu einem Wechsel des Anbieters. Noch immer sei ein Großteil der Haushalte – vermutlich unbewusst – im teuersten Tarif eingruppiert.

Initiative zum Stromsparen

Zum generellen Stromsparen will Bundesumweltminister Peter Altmaier (CSU) animieren. Er lud zu einem Runden Tisch „Stromsparinitiative“ ein. Dabei wurden Möglichkeiten diskutiert, den Energieverbrauch in Privathaushalten zu reduzieren. So sinnvoll dieser Ansatz ist, Menschen mit geringem Einkommen werden dabei vermutlich schnell an ihre Grenzen stoßen. Ihnen fehlt oftmals das Geld, um sich moderne Geräte mit niedrigerem Stromverbrauch anzuschaffen.

SoVD fordert Sozialtarif

Der Sozialverband Deutschland (SoVD) fordert daher die Einführung von Sozialtarifen gegen den Strompreisanstieg. SoVD-Präsident Adolf Bauer erklärte Energiespar-Angebote seien richtig. Sie reichten aber bei Weitem nicht aus, wenn die Schallmauer bei den Strompreisen im kommenden Jahr durchbrochen werde. Nötig seien insbesondere Sozialtarife für Bezieher niedriger Einkommen, so Bauer weiter. *job*

Foto: Raphael Hünerfauth/photothek.net

Steigende Energiekosten? Bundesumweltminister Peter Altmaier setzt auf Stromsparen.

Foto: SoVD-TV

Behindert oder nicht: Bei der Ruderabteilung der „Versehrten Wassersport Gemeinschaft e.V.“ sitzen alle im selben Boot.

SoVD-TV mit neuen Beiträgen

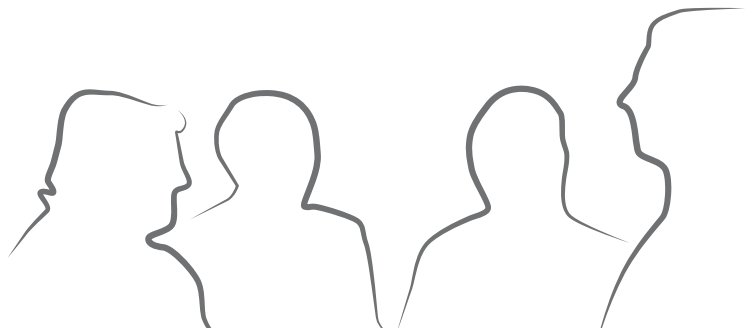
Rudern mit Handicap

Vom Welt-Alzheimertag, über die Fachmesse RehaCare bis hin zum Freizeitsport für Menschen mit Behinderung: Das Videoportal des SoVD bietet zahlreiche neue Beiträge. Unter www.sovd-tv.de können Sie sich die Filme kostenlos anschauen.

Michael Krause hatte als 19-Jähriger einen Arbeitsunfall und ist seitdem oberschenkelamputiert. Heute ist er Übungsleiter bei der Ruderabteilung der „Versehrten Wassersport Gemeinschaft e.V.“ Er findet es wichtig, dass sich gerade auch Menschen mit Behinderung aktiv beteiligen und Sport treiben. Rudern ist ein idealer Sport für Blinde und Sehbehinderte, findet auch Krauses Kamerade Willi Schulze. Da man nicht selbst steuert, muss man nicht unbedingt sehen können, berichtet der blinde Ruderer aus eigener Erfahrung. Und noch etwas gefällt Willi Schulze an seinem Verein: „Entsprechend seiner Behinderung wird hier jeder akzeptiert. Da gibt es keine Unterschiede.“

Sind Sie neugierig geworden? Dann schauen Sie sich den kompletten Beitrag „Rudern mit Handicap“ doch einfach im Internet unter www.sovd-tv.de an! Sämtliche Filme des verbandseigenen Videoportals können übrigens wahlweise mit oder ohne Untertitel betrachtet werden. Viel Spaß!

SoVD im Gespräch + SoVD im Gespräch +



Mehr als Pflege im „Minutentakt“

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hatte gemeinsam mit der Gewerkschaft ver.di zu einer Fachveranstaltung eingeladen. Deren Titel: „Mehr als nur Minutenpflege – Neue Dienstleistungen in Altershaushalten“. Für den SoVD nahmen die Vorsitzende des Arbeitskreises Pflege, Edda Schliepack, und der zuständige Referent des Bundesverbandes, Fabian Müller-Zetzsche, teil.

Eine dabei vorgestellte Studie kommt zu dem Schluss, dass die unübersichtliche Vielzahl von Angeboten und Leistungen im Bereich Pflege zu einem „Versorgungsroulette“ führe: wie bei dem Glücksspiel hänge der Zugang zu Leistungen oftmals davon ab, wie viel Informationen Betroffene erhielten und in welcher Region sie lebten. Ausdrücklich hingewiesen wurde im Verlauf der Tagung auf die Bedeutung haushaltsnaher Dienstleistungen etwa bei einer leichten Pflegebedürftigkeit. Grundsätzlich dürfe sich der Fokus jedoch nicht auf die Familie als Haupterbringer von Pflegeleistungen verengen. Pflege müsse vielmehr als gesamtgesellschaftliche Aufgabe gesehen werden.

GEZ: Antrag auf Befreiung jetzt stellen!

Ab Januar 2013 werden die Gebühren für den Empfang von Radio- und Fernsehsendern anders berechnet. Der entsprechende Rundfunkbeitrag wird dann allein pro Wohnung erhoben – egal wie viele Menschen dort leben und welche Rundfunkgeräte sie haben. An der Höhe ändert sich mit 17,98 Euro monatlich nichts. Leider wurden jedoch die Warnungen des SoVD, Menschen mit Behinderung nicht schlechter zu stellen, bei der Neuregelung nur zum Teil berücksichtigt.

So haben taubblinde Menschen und Empfänger von Blindenhilfe (§ 72 SGB XII / § 27 d BVG) zwar weiterhin Anspruch auf eine Befreiung von der Beitragspflicht. Menschen, denen das Merkzeichen „RF“ im Schwerbehindertenausweis zuerkannt wurde, zahlen ab dem kommenden Jahr jedoch einen reduzierten Beitrag von monatlich 5,99 Euro. Diese Umstellung erfolgt nach Angaben der Gebühreneinzugszentrale (GEZ) automatisch.

Bezieher staatlicher Sozialleistungen (Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe, Grundsicherung, BAföG) können mit einem entsprechenden Nachweis eine Befreiung vom Rundfunkbeitrag beantragen. Antragsformulare sind bei Städten und Gemeinden, bei zuständigen Behörden sowie im Internet unter www.rundfunkbeitrag.de erhältlich.

Gegenüber dem SoVD hat die GEZ zudem zugesichert, dass Menschen, für die sich Änderungen ergeben – etwa, weil sie bisher von der Gebührenzahlung befreit waren – noch einmal gesondert per Post informiert werden.

Foto: Peter Maszlen/fotolia

Ab 2013 zahlt jeder Haushalt an die GEZ – muss nur noch das Programm besser werden.

Personalien

Dr. Helmhold Seidlein

Dr. Helmhold Seidlein ist neuer 1. Vorsitzender des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern. Der 66-Jährige ist Nachfolger des aus Gesundheitsgründen zurückgetretenen Jürgen Weigel.

Richard Dörzapf

Richard Dörzapf, 1. Vorsitzender des Landesverbandes Rheinland-Pfalz/Saarland und Beisitzer im Bundesvorstand, wird am 7. November 75 Jahre alt. Der SoVD gratuliert dem Jubilar herzlich.

Internet

Verunreinigungen, Salmonellen, nicht deklarierte Inhaltsstoffe, überstiegene Grenzwerte und Ähnliches: Was kann man überhaupt noch essen und trinken? Orientierung bietet das Internetportal **www.lebensmittelwarnungen.de.** Dort publizieren die Bundesländer und das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit eine regelmäßig aktualisierte Liste von Warnungen über Produkte, die im Handel sind oder gerade waren.

Wir haben geholfen

Ausbildung mithilfe des SoVD

Vier Jahre kämpfte ein SoVD-Mitglied in Hessen um seinen Ausbildungsplatz: Sascha G., 26 Jahre alt, leidet an einer angeborenen Gehirnanomalie, mit der eine feinmotorische Beeinträchtigung und kognitive Leistungseinschränkungen einhergehen. Nachdem die Deutsche Rentenversicherung die Kosten der Ausbildung nicht übernehmen wollte, schaltete sich der SoVD ein.

Sascha G. wurde ein Behinderungsgrad von 70 mit Merkzeichen G/B sowie die Pflegestufe 1 zuerkannt. Durch viele Praktika in Berufsbildungswerken (BBW) entwickelte er den Berufswunsch „Werker in der Forstwirtschaft“. Mehrere Ausbildungsversuche mussten allerdings abgebrochen werden, da die zunächst erteilte Kostenübernahme widerrufen wurde. Einen Rechtsstreit durch mehrere Instanzen gegen den Kostenträger, die Deutsche Rentenversicherung Bund, beendete das Hessische Landessozialgericht mit ablehnendem Bescheid.

Sascha G. wandte sich hilfesuchend an den SoVD-Kreisverband Hochtaunus. Mit dessen Unterstützung stellte er einen Antrag zur Teilhabe am Arbeitsleben bei der zuständigen Agentur für Arbeit (Arge). In einer umfangreichen Korrespondenz und mehreren persönlichen Gesprächen mit verschiedenen Ebenen der Arge erhielt Sascha G. zunächst die Zusage der Kostenübernahme für eine vierwöchige Arbeitserprobung in dem empfohlenen BBW, zu der die Unterbringung in einer Wohngruppe des Internats gehörte.

Das Ergebnis der Abschlussprüfung, die positive Beurteilung durch Sozialpädagogen und Psychologen des BBW sowie die Bewerbung mit genauer Darstellung des Ausbildungsprogrammes führten schließlich zu einer schnellen Entscheidung der Agentur für Arbeit: Sie fiel positiv aus.

Sascha G. hat am 1. Oktober seine dreijährige Ausbildung in dem von ihm gewünschten BBW begonnen – und zwar sehr motiviert. Der SoVD-Kreisverband Hochtaunus wünscht dem Verbandsmitglied dabei viel Erfolg und für seine Zukunft alles Gute.

Foto: Stauke/fotolia

Endlich kann Sascha G. seine Ausbildung zum Werker in der Forstwirtschaft machen.

SoVD-Finanztipp

Kostenloses Girokonto

Seit dem Sommer schaffen zahlreiche Geldinstitute ihr kostenlos angebotenes Girokonto ab und führen Gebühren ein. Der Wechsel zu einer anderen Bank kann sich lohnen.

Viele Filialbanken und Sparkassen führen die Kontogebühr erstmals oder wieder ein. Die Modelle sind unterschiedlich: Entweder wird die kostenlose Variante ganz abgeschafft oder nur noch unter veränderten Voraussetzungen angeboten, etwa bei neuen oder höheren monatlichen Mindestgeldeingängen. Kunden sollten deshalb Post von ihrer Bank genau lesen. Denn die neuen Bedingungen müssen, sofern Änderungsmöglichkeiten in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Vertrages stehen, dem Kontoinhaber spätestens zwei Monate vor Inkrafttreten nur mitgeteilt werden; seine Zustimmung ist nicht nötig. Auch Widersprüche sind zwecklos.

Foto: flashpics/fotolia

Kunden sogenannter Direkt- oder Onlinebanken können die Geldautomaten einzelner Institute meist kostenlos nutzen.

Ärgern nutzt aber auch nichts – sinnvoller ist es, die Bank zu wechseln! Girokonten sind jederzeit kündbar. Eine Alternative sind Direkt- oder Onlinebanken. Hier gibt es oft nicht nur weiterhin kostenlose Girokonten, sondern manchmal sogar noch Prämien für Neukunden. Manche Menschen fühlen sich nicht fit im Umgang mit Onlinebanking oder legen Wert auf eine Filiale vor Ort. Diese sollten zumindest zwischen den Filialbanken genau vergleichen: Zu welchen Bedingungen ist das Girokonto günstig oder gar kostenfrei zu haben? Die Unterschiede können groß sein.

Viele Neuregelungen sind bereits in Kraft

Verbesserungen im Bereich Pflege

Pflegebedürftige Menschen sowie deren Betreuungspersonen dürfen sich auf Verbesserungen freuen. So soll die Beratung vereinfacht und der Zugang zu Leistungen erleichtert werden. Die seit Oktober geltenden Regelungen stellen wir Ihnen kurz vor.

Die Pflegekassen müssen ihren Versicherten jetzt nach Eingang eines Antrages auf Pflegeleistungen direkt einen Beratungstermin beim Medizinischen Dienst anbieten, und zwar binnen zwei Wochen. Oder, auch das ist neu, sie stellen einen Beratungsgutschein aus, der bei einem anderen, unabhängigen Gutachter einlösbar ist.

Auf Wunsch stellen die Kassen – über allgemeine Auskunft und Unterstützung hinaus – das Gutachten zur Verfügung, das der Medizinische Dienst oder der Gutachter über die Pflegebedürftigkeit anfertigt. Sie informieren über dort gegebene Rehabilitationsempfehlungen und was daraus folgen kann.

Ist eine pflegebedürftige Person in einer „Kurzzeitpflege“ (die die häusliche Pflege ergänzt) oder einer „Verhinderungspflege“ (etwa während Erkrankung oder Urlaub der Pflegekraft), wird künftig für bis zu vier Wochen pro Kalenderjahr die Hälfte des Pflegegeldes weitergezahlt. Das erleichtert es Pflegenden, ab und zu eine Auszeit zu nehmen. Bisher gingen sie dann leer aus.

Besser wird es auch für Pflegebedürftige, die in einer ambulanten Wohngruppe mindestens zu dritt leben und pflegerisch betreut werden. Möglich ist ein pauschaler Zuschlag zum Pflegegeld oder zur Pflegesachleistung von 200 Euro monatlich, wenn in der Gruppe eine Pflegekraft tätig ist, die (auch) beim Organisieren des Zusammenlebens hilft. Zudem steht eine einmalige Anschubfinanzierung bereit: 2500 Euro pro Person, maximal 10 000 Euro.

Neues gilt auch für „Wohnumfeld verbessernde Maßnahmen“ wie den Einbau von Rollstuhltüren. Bei der Beteiligung der Kasse kommt es jetzt nicht mehr auf die Einkommenshöhe der Pflegebedürftigen an. *wb*

Foto: Peter Maszlen/fotolia

Angehörige müssen häufig rund um die Uhr betreut werden. Nehmen Pflegende eine Auszeit, erhalten sie künftig vier Wochen im Jahr das halbe Pflegegeld weiter.

SoVD bringt sich mit sozialpolitischen Inhalten auf der RehaCare in Düsseldorf ein

Positionen aus der Lebenswirklichkeit

Menschen mit Behinderung und Pflegebedarf standen vom 10. bis 13. Oktober im Mittelpunkt der internationalen Fachmesse RehaCare in Düsseldorf. 851 Aussteller, davon über 300 aus dem Ausland, zeigten in sechs großen Messehallen den internationalen Markt der Hilfen für ein selbstbestimmtes Leben. Der SoVD war mit einem Stand vor Ort und brachte sich im Rahmen des begleitenden Fachkongresses „Wohn(t)raum – Selbstbestimmtes Wohnen und Pflege zu Hause“ mit drei Fachbeiträgen in die inhaltliche Diskussion ein. Auch bei der Veranstaltung der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (BAR) „Barrierefrei in die Zukunft – mit allen und für alle“ war der SoVD auf dem Podium präsent.

In ihrem Eröffnungsvortrag appellierte Barbara Steffens, Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen, an eine Veränderung in den „Köpfen und in festgefahrenen Strukturen“. Sie ging dabei insbesondere auf die große Zahl demenziell erkrankter Menschen ein. Viele Menschen mit Demenz erlebten die „Barriere an der Haustür“, weil ihre Angehörigen Angst hätten, so die Ministerin. „Wenn wir eine wirklich inklusive Gesellschaft wollen, wo alle Menschen mit Einschränkung selbstbestimmt und geschützt leben wollen, muss es möglich sein, Trägergrenzen zu überwinden.“

Nach dem Vortrag der Ministerin boten die fünf Vortragsreihen des begleitenden Fachkongresses Positionen aus der Lebenswirklichkeit. In seinem Beitrag „Selbstbestimmung durch Assistenz – Impulse der Behindertenrechtskonvention für die pflegepolitische Debatte“ machte SoVD-Präsident Adolf Bauer insbesondere auf die Belange älterer pflegebedürftiger Menschen aufmerksam. „Oft dominiert das Bild des jungen Rollifahrers, der über sein persönliches Budget Assistenzkräfte beschäftigt, arbeitet und sein Leben managt. Die Wirklichkeit ist eine andere!“ Fast ein Drittel der behinderten Menschen seien über 75 Jahre; fast 50 Prozent zwischen 55 und 75 Jahre alt, mahnte der SoVD-Präsident. Auch für diese Menschen müssten die Ziele der UN-Behindertenrchtskonvention umgesetzt werden. Angesichts von aktuell 1,4 Millionen demenziell erkrankter Menschen forderte er: „Würdevolle Pflege darf psychisch-kognitive Einschränkungen nicht ausblenden.“ Schließlich erneuerte der SoVD-Präsident die Forderung, pflegenden Angehörigen und professionellen Pflegekräften endlich mehr Anerkennung und gesellschaftliche Unterstützung zukommen zu lassen.

SoVD-Präsidiumsmitglied Edda Schliepack informiert sich über Messeneuheiten: Die kleine computerbetriebene Robbe eines niederländischen Anbieters hat sich bei Demenz und Autismus bewährt.

Als Sprecherin der Frauen im SoVD hielt Präsidiumsmitglied Edda Schliepack ein Referat über die an Bedeutung zunehmende Kultursensibilität in der Pflege. Schliepack zeigte einen besonderen Handlungsbedarf hinsichtlich des Zugangs von Migrantinnen und Migranten zu Pflegeleistungen und -institutionen auf. Dabei stellte sie klar: „Kultursensibilität meint nicht die Schaffung spezialisierter Angebote für spezielle Gruppen, sondern die Öffnung für alle Menschen.“

Matthias Herter, Geschäftsführer der SoVD-Tochtergesellschaft meravis, setzte sich in seinem gut besuchten Vortrag mit altersgerechten Wohnformen der Zukunft auseinander. Seine Präsentation bot Fachleuten und Betroffenen ein plastisches Bild über die Bedeutung guter Vernetzung im Alter und die Chancen, die sich durch die Möglichkeiten direkter Interaktion über das Web 2.0 gerade für ältere Menschen bieten. Claudia Tietz, SoVD-Referentin in der Bundesgeschäftsstelle, nahm für den SoVD aktiv auf dem Podium an der BAR-Veranstaltung „Barrierefrei in die Zukunft“ teil.

Am SoVD-Stand in Messehalle 3 mixten Auszubildende des Berufsbildungswerkes Bremen fleißig wohlschmeckende alkoholfreie Drinks für die Standbesucher. Ehrenamtliche und hauptamtliche Mitarbeiter des SoVD-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen beantworteten Besucherfragen. In mehrstündigen Sprechstunden stellten SoVD-Präsident Adolf Bauer, Vizepräsidentin Gerda Bertram und SoVD-Bundesfrauensprecherin Edda Schliepack zudem die Arbeit des Verbandes als einem der größten Behindertenverbände Deutschlands vor. *veo*

Auszubildende des BBW Bremen mixten gesunde alkoholfreie Drinks. V. li.: Melanie Holz, Katharina Bieker und Yvonne Raff.

„Fähigkeiten bewerten, nicht Defizite!“

Es ist eine bildhübsche junge Frau, die auf der RehaCare viele Menschen beeindruckt. Die 22-jährige Vanessa Low beweist, was Menschen trotz eines harten Schicksalsschlages zu leisten imstande sind. Aus ihrem Mund haben die Worte, die sie ausspricht, einen besonderen Klang. Sie plädiert dafür, „Menschen nicht nach ihren Defiziten, sondern nach ihren Fähigkeiten“ zu beurteilen. Ein Tag im Sommer 2006 veränderte Vanessa Lows Leben. Die damals 15 Jahre alte Teenagerin gerät unter einen Zug. Als sie nach zwei Monaten aus dem Koma aufwacht, fehlen ihr unterhalb der Knie beide Beine. Sie muss mühsam lernen, mit Prothesen zu laufen und beschließt dennoch, Sport zu treiben – mit großem Erfolg. Drei Jahre nach der Amputation wird sie in ihrer Schadensklasse Weltmeisterin im Weitsprung. Auch bei den Paralympics in London startete sie sehr erfolgreich. Low strahlt Lebensfreude aus. Sie versteckt sich nicht, trägt kurze Röcke, die die bemalten Prothesen sehen lassen. Und sie sagt überraschende Dinge wie: „Ja, ich habe ein Problem. Aber ich habe meinen Kopf behalten und mein Gesicht. Eigentlich habe ich in meinem Leben schon viel Glück gehabt.“

Alle Fotos (6): SoVD-Redaktion

Heute noch untergeordnet, werden Assistenzrobotern angesichts der demografischen Entwicklung Zukunftschancen eingeräumt.

SoVD-Präsident Adolf Bauer spricht mit einem Besucher.

meravis-Geschäftsführer Matthias Herter zeigte in seinem gut besuchten Vortrag die Vorteile guter Vernetzung im Alter auf.

Berlin / Brandenburg

Hotel der Sieger

Foto: Herbert Schlemmer

Zum renommierten Berlin-Marathon reisen regelmäßig auch Rollstuhlfahrer an. So auch eine Gruppe aus der Schweiz, unter ihnen der diesjährige Sieger Heinz Frei. Unterkunft fanden die Sportler im barrierefreien Hotel Mondial, das der SoVD als Tochtergesellschaft betreibt. Der Sportler Samuel Lanz beschreibt ihren Aufenthalt so: „Ich denke, dass unsere Athletinnen und Athleten jedes Jahr immer so erfolgreich sind beim Berlin-Marathon, ist nicht zuletzt auch das Verdienst des Hotels Mondial, dessen Crew immer sehr besorgt ist um unser Wohl und uns den Aufenthalt immer so angenehm wie möglich macht."

Bremen

Tag der offenen Tür

Das Berufsbildungswerk Bremen veranstaltet am 17. November von 10 bis 16 Uhr einen Tag der offenen Tür mit vorweihnachtlichem Basar.

Die Besucher sind eingeladen, sich über das Angebot des Berufsbildungswerkes zu informieren und an Führungen durch Ausbildungsstätten und Internat teilzunehmen. Auf dem Basar können vielfältige Gebrauchs- und Geschenkartikel, Weihnachtsschmuck sowie Leckereien aus der Lehrküche erworben werden. Ein buntes Mitmach- und Bewegungsangebot sorgt für die Unterhaltung der kleinen Gäste. In der Mensa wird die „Kohl- und Pinkelsaison" eingeläutet. Das Berufsbildungswerk Bremen finden Interessierte in der Universitätsallee 20, 28359 Bremen.

Nordrhein-Westfalen

Neue Geschäftsführung

Susanne Krumme ist neue Landesgeschäftsführerin des SoVD Nordrhein-Westfalen. Ende September hat der Landesvorstand der Stellenbesetzung einstimmig zugestimmt.

Die 49-jährige Juristin aus Dortmund ist seit September 2010 beim Landesverband beschäftigt und war bislang stellvertretend in der Leitungsfunktion tätig. Vor ihrer Tätigkeit beim SoVD war Susanne Krumme als Geschäftsführerin der Interessengemeinschaft der DATEV-Anwender e. V. und als selbstständige Rechtsanwältin tätig. Susanne Krumme ist verheiratet und hat zwei Kinder.

Susanne Krumme

Berlin / Brandenburg

Aktionstag „Umfairteilen"

In zahlreichen deutschen Städten fand Ende September der Aktionstag des Bündnisses „Umfairteilen" statt. Bei der Kundgebung in der Hauptstadt war auch der Landesverband Berlin-Brandenburg zugegen. Zu den Rednern gehörte unter anderem die Vorsitzende des Arbeitskreises Sozialversicherung, Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer.

Das Bündnis „Umfairteilen" ist ein breites Netzwerk von Gewerkschaften, Sozialverbänden und Attac gegen die Gefährdung des Sozialstaates als Folge der Finanzkrise. Auch der SoVD bringt dabei seine Kernforderungen ein: menschenwürdige Arbeit, Teilhabe für Menschen mit Behinderung, Stärkung sozialer Sicherung sowie ausreichende Daseinsvorsorge. Schwerpunkte des Aktionstages waren Hamburg, Frankfurt, Köln und Berlin. Dort begann der Demonstrationszug mit etwa 5000 Teilnehmern am Potsdamer Platz und endete mit einer eindrucksvollen Kundgebung am Roten Rathaus.

Neben Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer machten auch alle anderen Redner deutlich, dass die Umverteilung von unten nach oben endlich gestoppt werden müsse. Dies könne mit dem Netzwerk „Umfairteilen" in die Wege geleitet werden. Allerdings müsse nach den Worten Engelen-Kefers hierfür „die Solidaritätsbasis der beteiligten Organisationen verbreitert und in ihrer politischen Schlagkraft erheblich verbessert werden".

Einigkeit herrschte darin, dass es Handlungsbedarf gebe. Auf dem Spiel stünde nicht nur die Zukunft unserer finanziellen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik und Europa, sondern vor allem unseres Sozialstaates und damit der Demokratie insgesamt. Engelen-Kefer bezeichnete das Polittheater um die gesetzliche Rentenversicherung als unverantwortlich. Hier würden „wahl- und machttaktische Manöver auf dem Rücken von über 20 Millionen Rentnern und Rentnerinnen ausgetragen".

Während der öffentlichen Hand das Geld für wichtige Investitionen fehlt, steigt das Privatvermögen einiger weniger an. Gegen dieses Ungleichgewicht wurde auch in Berlin demonstriert.

Nordrhein-Westfalen

Datenbank für Barrierefreiheit

Viele Veranstaltungsräume und öffentliche Einrichtungen sind nicht barrierefrei. Das Projekt „Bestandsaufnahme NRW" soll Abhilfe schaffen. Unter Führung des Landessozialministeriums prüfen auch ehrenamtliche Helferinnen und Helfer vom SoVD Gebäude und Einrichtungen.

Auch wenn viel über Barrierefreiheit und Inklusion gesprochen wird: Nach wie vor erschweren viele Hürden die gesellschaftliche Teilhabe von behinderten Menschen. Es fehlen vielerorts nicht nur Rampen und Aufzüge, sondern auch Leitsysteme für Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen oder Sinnesbehinderungen. Aus diesem Grund hat das nordrhein-westfälische Sozialministerium in Zusammenarbeit mit den Selbsthilfeverbänden behinderter Menschen das Projekt „Bestandsaufnahme NRW" ins Leben gerufen. Fachliche Unterstützung liefert die Agentur Barrierefrei, eine vom Land geförderte Institution, die landesweit Politik, Verwaltung, Unternehmen und Verbände zu Fragen der Barrierefreiheit informiert und berät.

Anhand von Kriterienkatalogen prüfen nun ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus verschiedenen Behindertenverbänden Einrichtungen und Gebäude vor Ort. An der ersten Projektphase beteiligt sind auch die Kreis- und Bezirksverbände Köln und Herford des SoVD NRW. Die erhobenen Daten werden bei der Agentur Barrierefrei gesammelt und ausgewertet. Die Ergebnisse sollen in einem Informationsportal im Internet veröffentlicht werden, damit sich Interessierte dort vorab informieren können: Ist eine Induktionsschleife vorhanden? Gibt es ein Leitsystem für Sehbehinderte? Verfügt das Gebäude über eine rollstuhlgerechte Toilette?

Vorbild für die Bestandsaufnahme NRW ist ein Projekt, bei dem im Vorfeld der Kulturhauptstadt „Ruhr 2010" Veranstaltungsstätten geprüft und in einer Datenbank erfasst wurden. Weitere Informationen finden Sie im Internet unter: www.ab-nrw.de.

Selbstausbildung zum Behindertenbegleithund

Helfen mit Schnauze und Pfoten

Ein Hund kann für einen Menschen mit Behinderung mehr als nur ein Freund sein. Als ausgebildeter Behindertenbegleithund hilft er bei vielen alltäglichen Verrichtungen. Bevor der vierbeinige Assistent soweit ist, muss fleißig trainiert werden. Das erfolgt normalerweise bei einem Hundetrainer. Ein Berliner Verein bietet die Möglichkeit, seinen Hund selbst auszubilden.

Susi ist vier Jahre alt und übt, einen Lichtschalter anzuschalten, indem sie mit der Nase dagegen stupst. Susi ist nämlich eine Golden Retriever Hündin. Sie wird von ihrem Frauchen Roswitha Hocke zum Behindertenbegleithund ausgebildet. Susi soll Roswitha Hocke bei der Pflege ihrer schwer mehrfachbehinderten Tochter Sabrina unterstützen, die im Rollstuhl sitzt und epileptische Anfälle bekommt. Im Idealfall kann Susi später Medikamente holen, nach einem Anfall trösten und sogar vor einem bevorstehenden Anfall warnen. Seit dreieinhalb Jahren trainiert Frau Hocke mit Susi. Rund 20 akustische und manuelle Kommandos kennt die Hündin schon, kann zum Beispiel ein Geldstück aufheben oder das Handy holen.

Susi und Roswitha Hocke kommen jede Woche zum Hilfeleistungstraining. Das wird von Ursula Heiner geleitet. Sie ist zertifizierte Hundetrainerin und Vorstandsmitglied im Verein „Hunde für Handicaps“. Der Berliner Verein ist der einzige bundesweit, der die Möglichkeit zur Selbstausbildung anbietet. Normalerweise werden Behindertenbegleithunde von Hundetrainern ausgebildet. Das kostet im Schnitt

Fotos (6): Brigitte Grahl

Rotraud Kasper und Grisou.

Birgit Roller und Charlie.

20 000 Euro. Die Krankenkasse übernimmt die Kosten nur bei Blindenführhunden, und die Wartelisten sind lang.

Bevor ein Hund die Ausbildung zum Behindertenbegleithund beendet hat, dauert es ein Weilchen. Als Welpe, aus dem Wurf eines ausgesuchten Züchters, kommt er in eine Patenfamilie, wo er sozialisiert wird und Grundgehorsam lernt. Nach einem Jahr muss er die Wesensprüfung bestehen – das schaffen nur 30 bis 40 Prozent. Danach wird er circa ein Jahr lang ausgebildet, bis er an den zu ihm passenden Menschen mit Behinderung abgegeben wird. Beide müssen dann zusammen trainieren, denn die Befehle werden individuell auf die Fähigkeiten des Halters abgestimmt. Am Ende steht die Assistenzhund-Team-Prüfung, deren Bestehen dem Hundehalter erlaubt, seinen Hund auch dorthin mitzunehmen, wo das normalerweise verboten ist.

Birgit Roller möchte die Prüfung mit ihrem Hund Charlie machen, aber ihnen bleibt nicht mehr viel Zeit. Beide haben erst vor einem Jahr angefangen zu trainieren. Charlie wird im Dezember fünf Jahre alt und hat dann das zugelassene Höchstalter überschritten. Seine Halterin hofft, dass der Rüde bis dahin die drei mindestens erforderlichen Hilfeleistungen beherrscht. Birgit Roller sitzt im Rollstuhl, sie hat Multiple Sklerose. Heute soll Charlie üben, ihr die Jacke auszuziehen. Frauchen ist nervös und das überträgt sich auf Charlie, der aufgeregt an ihrem Jackenärmel zerrt. Nach mehreren Versuchen regt Trainerin Ursula Heiner an, erst einmal eine Pause einzulegen, damit bei beiden Ruhe einkehrt.

Inzwischen ist Rotraut Kasper an der Reihe. Sie leidet an fortschreitender Wirbelsäulenversteifung. Ihren Rüden Grisou bezeichnet sie scherzhaft als „Sparringpartner“, der sie dazu zwingt, ihre Mobilität so lange wie möglich zu erhalten. Trotzdem ist es jetzt schon eine Erleichterung

Karin Vater und Ursula Heiner.

für sie, wenn Grisou ihr das Bücken abnimmt und Schuhe und Socken ausziehen kann. Das beherrscht Grisou schon gut. Deshalb bekommt er eine neue Aufgabe: er soll auf Befehl bellen. Die Leckerlies, die ihm Frauchen zur Anregung vor die Schnauze hält, starrt er hingebungsvoll an, gibt aber keinen Laut von sich. Schließlich ist er ein gut erzogener Hund. Auch die anderen Hunde, alle Retriever, bleiben bei der Übung stumm: sie sind einfach zu brav. Gerade das macht Golden und Labrador Retriever zu idealen Assistenzhunden – sie sind besonders sanft, gehorsam und gelehrig.

Mit viel Übung können Assistenzhunde, zu denen auch Behindertenbegleithunde zählen, erstaunlich viel lernen: Waschmaschine ausräumen, Handy holen oder Türen öffnen. Ein Blindenführhund kann zum Beispiel bis zu 400 Befehle unterscheiden und ausführen. Trotzdem darf man ihn nicht überschätzen und überfordern. Ein Assistenzhund ist „nur“ ein Tier und muss Hund bleiben dürfen. Tierliebe allein genügt nicht zur Haltung. Zeit, Platz und Geld müssen vorhanden sein, um dem Hund ein würdiges Leben während seiner „Dienstjahre“, aber auch im Fall einer Erkrankung und im Alter zu bieten, wenn er nicht mehr arbeiten kann.

Dieser Verantwortung sind sich die Teilnehmer des Hilfeleistungstrainings bewusst. Karin Vater ist Patin von Labradorhündin Kimba gewesen. Kimba hat den Wesenstest nicht bestanden. Trotzdem trainieren beide fleißig weiter, denn Karin Vater möchte jetzt Hundetrainerin werden.

Roswitha Hocke nimmt jede Woche lange Anfahrtswege in

Foto: Rotraud Kasper

Roswitha Hocke und Susi.

Kauf, um Susi zu trainieren. Zuhause geht es dann weiter, Tochter Sabrina und Susi müssen das Erlernte gemeinsam einüben. Aber die Zeit und Mühe nimmt Roswitha Hocke gerne auf sich, denn sie hat mit ihrer Tochter den therapeutischen Nutzen eines Hundes täglich vor Augen: Als Sabrina geboren wurde, bekam sie die Prognose, den Rest ihres Lebens nur liegen zu können. Allein die Anwesenheit ihres ersten, „ganz normalen“ Hundes hat bewirkt, dass Sabrina jetzt im Rollstuhl sitzen und sogar einige Schritte laufen kann. Mit einem ausgebildeten Hund wie Susi wird der Alltag noch ein wenig leichter werden und vielleicht macht Sabrina aus Liebe zu ihrem Hund sogar noch weitere Fortschritte.

Brigitte Grahl

Hunde für Handicaps

Der gemeinnützige Verein wurde 1991 gegründet. Er bietet Menschen mit Behinderung die Selbstausbildung und Fremdausbildung eines Behindertenbegleithundes an sowie Freizeitangebote für behinderte Hundehalter. Er arbeitet nach den strengen Richtlinien der Assistance Dogs Europe (ADEu). Alle Mitarbeiter arbeiten ehrenamtlich. Die Kosten der Patenschaft und Hundeausbildung werden aus Spenden und Beiträgen finanziert.

Auskunft und Anschrift: Hunde für Handicaps –VBB e.V., Postfach 74 01 56, 13091 Berlin. E-Mail: info@servicedogs.de, Tel.: 030/29 49 20 00, Fax: 030/29 49 20 02.

Niedersachsen

Impfen gegen Grippe: ja oder nein?

Jedes Jahr im Herbst stellen sich viele Menschen auf ein Neues die Frage, ob sie sich für oder gegen eine Grippeschutzimpfung entscheiden sollten. Empfohlen wird die Impfung für Risikopatienten.

Impfen lassen sollten sich Kinder, Jugendliche und Erwachsene, die ein gesundheitliches Grundleiden haben und daher als Risikopatienten verstärkt gefährdet sind. Das empfiehlt die Ständige Impfkommission (STIKO). „Denn eine richtige Grippe oder Influenza ist keine harmlose Krankheit“, sagt Elke Gravert von der Unabhängigen Patientenberatung Deutschland (UPD) in Hannover. „Und bei vorerkrankten Patienten birgt sie das erhöhte Risiko eines unberechenbaren Krankheitsverlaufs.“

Betroffen seien zum Beispiel Menschen mit Asthma oder Diabetes, aber auch neurologischen Erkrankungen wie Multipler Sklerose. Die Influenza beginne meist aus heiterem Himmel. Symptome seien hohes Fieber, Schüttelfrost, Hals- und Gliederschmerzen und trockener Husten. Hinzukommen könnten eine Magen- und Darmerkrankung oder eine Lungenentzündung. Im schlimmsten Fall bestehe sogar Lebensgefahr. Gravert: „Im Gegensatz dazu sind die allermeisten Erkältungen, auch grippale Infekte genannt, in der Regel wesentlich gefahrloser.“

Die Ratsuchende Lena H. gehört seit diesem Jahr zum Kreis der Risikopatienten. Sie leidet an Multipler Sklerose, einer chronischen Erkrankung des zentralen Nervensystems. Frau H. kennt ihre Diagnose erst seit kurzem und befürchtet, dass eine Grippeschutzimpfung einen neuen Krankheitsschub auslösen könne. Nach der aktuellen Studienlage sei die Impfung aber sicher, erklärt Patientenberaterin Gravert, und empfiehlt der Ratsuchenden sich nochmal an ihren Arzt zu wenden: „Risikopatienten, die sich unsicher sind, sollten das vor der Impfung auf jeden Fall ansprechen und dann zusammen mit dem Arzt eine Entscheidung treffen.“

Einen Grippeschutz empfiehlt die STIKO auch denjenigen, die beruflich viel Kontakt zu anderen Menschen haben, wie medizinisches Personal, Lehrer oder Erzieher. Hier werde die Impfung oft vom Arbeitgeber organisiert. Die Kosten für den Grippeschutz müssten in bestimmten Fällen die gesetzlichen Krankenversicherungen übernehmen, etwa bei Versicherten mit chronischen Erkrankungen, Bewohnern in Alten- und Pflegeheimen oder Personen, die über 60 Jahre alt sind. Geregelt ist dies in der Schutzimpfungsrichtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses.

Noch ein Tipp der UPD: Einige gesetzliche Krankenkassen bezahlen die Impfung auch in Fällen, die nicht in der Schutzimpfungsrichtlinie erwähnt sind. Versicherte sollten sich deshalb bei ihrer Krankenkasse über eine mögliche Kostenübernahme informieren.

Die UPD berät rund um das Thema Gesundheit. Ratsuchende erreichen die UPD über das Service-Telefon unter der Rufnummer 0800/0 11 77 22, Anrufe aus dem Festnetz sind dabei kostenlos. Träger der UPD-Beratungsstelle in Hannover ist der SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V. *UPD/sj*

Foto: Stefanie Jäkel

Risikopatienten sollten an eine mögliche Grippeschutzimpfung denken und dazu unbedingt vorher Rücksprache mit ihrem Arzt halten.

Niedersachsen

Dialog: Familienverband SoVD

Wie muss ein familiengerechtes Niedersachsen aussehen? Diese Frage hatte der Ausschuss für Frauen und Familie und dessen Vorsitzende Katja Krüger in den Mittelpunkt einer gleichnamigen Veranstaltung gestellt. Im Rahmen des hochkarätig besetzten „SoVD-Dialogs“ kümmerte sich der Verband erstmals intensiv um ein Thema, das bislang in den Diskussionen keine übergeordnete Rolle gespielt hat. Wie wichtig die Diskussion ist, zeigte auch der Besuch von Sozialministerin Aygül Özkan, die ein Grußwort sprach – wie Landesvorsitzender Adolf Bauer.

Der Erfolg des SoVD basiere in weiten Teilen auf familiären Strukturen, betonte Landesfrauensprecherin Katja Krüger. in ihrer Begrüßungsansprache Deshalb sei es wichtig, das Thema auch politisch intensiv weiter zu denken.

Die Teilnehmer des SoVD-Dialogs taten dies in Kleingruppen, um dann die erarbeiteten Ergebnisse im großen Plenum und mit den frauenpolitischen Sprecherinnen von vier Landtagsparteien zu diskutieren. Landespressesprecher Matthias Büschking moderierte die Runde mit Kreszina Flauger (Die Linke), Ulla Groskurt (SPD), Annette Schwarz (CDU) und Elke Twesten (Bündnis 90/Die Grünen). Die Fahne des SoVD hielt Katja Krüger hoch.

Inhaltlichen Input hatte zunächst Christine Volland, die Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft für Familienverbände in Niedersachsen, geliefert.

„Ein erster wichtiger Auftakt“ sei das gewesen, meinte Katja Krüger nach der Veranstaltung. Sie hofft darauf, dass das Thema jetzt breit in den Verband getragen und weiter diskutiert wird. *bü*

Fotos (2): Barbara Dräger

Vielseitiger SoVD-Dialog: Podiumsdiskussion (li.), Grußwort von Sozialministerin Aygül Özkan (re.).

Niedersachsen

Ehrenamtliche Berater schulen

Kommunen in Deutschland sind bei geplanten Bauvorhaben verpflichtet, die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung zu berücksichtigen. Dazu benötigen sie jedoch die Beratung und das Wissen betroffener Menschen vor Ort. Diese Beratung findet zwar in ganz Niedersachsen bereits seit vielen Jahren statt, allerdings in unterschiedlicher Qualität und Häufigkeit. Zudem engagieren sich zu wenig Menschen in dem Bereich und erhalten bislang kaum Qualifizierungsmaßnahmen. Das soll sich nun durch das Projekt „Barrierefreiheit in Niedersachsen“ ändern.

Geleitet wird das Vorhaben, das am 1. September startete, vom Blinden- und Sehbehindertenverband Niedersachsen (BVN). Neben dem SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V. sind unter anderem auch der Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter, der Bundesverband Körper- und Mehrfachbehinderter, die Lebenshilfe sowie der Gehörlosenverband Niedersachsen beteiligt. Zentrale Aufgaben der beiden Projektleiterinnen Tanja Aurich und Andrea Heppner werden es sein, geeignetes Schulungsmaterial für die Berater vor Ort zu erstellen und niedersachsenweite Schulungen zu organisieren, um die Aktiven fit zu machen für die Beratung bei öffentlichen Bauvorhaben. In den Seminaren werden wichtige Themen – wie etwa die bestehenden Normen, Regelwerke und Leitfäden – verständlich vermittelt sowie konkrete Einzelfälle besprochen. Insgesamt sollen rund 200 ehrenamtliche Berater geschult werden.

Foto: Heike Gronau

Die Bündnispartner trafen sich in Hannover, um den Projektstand zu besprechen.

Das Projekt, das von der Aktion Mensch gefördert wird und auf drei Jahre angelegt ist, wurde initiiert von Karl Finke (Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderung Niedersachsen) und BVN-Geschäftsführer Hans-Werner Lange.

Fragen beantworten Tanja Aurich (Tel.: 0511/5 10 42 80, E-Mail: tanja.aurich@blindenverband.org) und Andrea Heppner (Tel.: 0511/5 10 42 81, E-Mail: andrea.heppner@blindenverband.org). *jb/sj*

Gesucht und gefunden in der SoVD Zeitung

An- und Verkaufsanzeigen

Keine Reiseanzeigen – Keine gewerblichen Anzeigen

Anzeigenverwaltung des Sozialverband Deutschland
Dialog Welt GmbH, Postfach 1345, 75405 Mühlacker

DIALOGWELT

Die nachstehende Anzeige veröffentlichen Sie bitte unter „An- und Verkaufsanzeigen" (keine „Reise-Gewerblichen Anzeigen"), pro Zeile 8,30€ incl. 19% Mwst. Anzeigenannahmeschluss: Am 3. des Vormonats.

Vor- und Zuname _____

Straße, Nr. _____

PLZ _____ Wohnort _____

Telefon _____

Ich ermächtige die Anzeigenverwaltung (Dialog Welt GmbH) des Sozialverband Deutschland, die Insertionskosten von meinem Konto abbuchen zu lassen. Die Bezahlung Ihrer Anzeige kann nur durch Abbuchung oder Vorkasse (Scheck) erfolgen.

Bank/Postscheckamt _____ in _____

Bankleitzahl _____

Konto-Nr. _____

Datum _____ Unterschrift _____

Der Text meiner Anzeige: Ausgabe _____

Pro Zeile 8,30 €

Mindestgröße 2 Zeilen = 16,60 €

3 Zeilen = 24,90 €

4 Zeilen = 33,20 €

5 Zeilen = 41,50 €
Je weitere Zeile = 8,30 €
Chiffregebühr 6,95 € | (Preise incl. 19% MwSt.)

Kleinanzeigen in Fließsatzausführung, 1 spaltig in 3 mm Grundschrift. Bis zu 3 Wörter am Anfang fett, sonst keine Hervorhebung oder Umrandung. Pro Zeile bis maximal 30 Buchstaben bzw. Zeichen einschließlich der erforderlichen Zwischenräume. Nur allgemein gebräuchliche Abkürzungen möglich. Chiffregebühr 6,95 € pro Anzeige incl. MwSt.

Antworten für Chiffranzeigen bitte an:
Dialog Welt GmbH
Anzeigenvermarktung SoVD
Chiffrenummer XY
Lugwaldstr. 10 · 75417 Mühlacker

Treppenlifte
Neue Treppenlifte
ab 2.500 €
Bundesweiter Montage- und Reparatur-Service
☎ 05246 / 700 63 33 (24 h)
www.treppenlifte-ellmers.de

Kaufe alte Autos und Motorräder, auch defekt ☎ 04489/941 66

VITAL Elektromobile®
Hersteller
TÜV
www.vital-mobil.de
Reichweiten bis zu 100km
6 bis 15km/h
Führerscheinfrei
ab 1.490€*
*Preis bezieht sich nicht auf das abgebildete Modell
Kostenlosen Prospekt anfordern!
Tel. 02351/953060
EAT Gundermann GmbH SoVD
Hohe Steinert 33, 58509 Lüdenscheid

Ohne Führerschein
Duett 110 cm breit
• wetterfest
• mit Heizung
Solo 78 cm breit
Vierrad
Handbedienung, steuerfrei, Versicherung ca. 60,- € i. Jahr, 6-15 km/h, bis 80 km weit
Prospekte anfordern!
Elektromobile
-neu und gebraucht-
ORTHO-RUPP Schellingstr. 8, 67663 Kaiserslautern
Tel.: 06 31-9 52 17, Fax: 06 31-9 52 30

Schleswig-Holstein

„Sozialog" mit Norbert Blüm

In der Kieler Halle 400 fand die zweite große sozialpolitische Veranstaltung im Rahmen des „Sozialogs" statt. Über 500 Besucher hörten die Rede des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Torsten Albig (SPD) sowie die des ehemaligen Arbeits- und Sozialministers Norbert Blüm. Moderiert wurde der Abend von der NDR-Journalistin Sylvia Aust.

In seinem Grußwort lobte Ministerpräsident Albig den „Sozialog", eine erfolgreiche Zusammenarbeit des SoVD Schleswig-Holstein mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband. Nur durch den Austausch von Politik, Sozialverbänden, Gewerkschaften und anderen Organisationen ließen sich Lösungen für gesellschaftliche Probleme finden, so der Ministerpräsident weiter.

Norbert Blüm kritisierte die Entwicklung des Sozialstaates und forderte eine Rückbesinnung auf Werte wie den sozialen Ausgleich und die Solidarität. Blüm setzte sich für ein Wiedererstarken der solidarischen Sozialversicherungssysteme ein und erklärte, „wir zahlen heute durch Riester mehr ein, bekommen aber weniger heraus".

„Wir brauchen eine Welt der Solidarität"

Auch an den zum Zwecke der Alterssicherung propagierten Kapitaldeckungsversicherungen ließ der ehemalige Bundesminister kein gutes Haar. Die Stärkung des Kapitals zulasten arbeitender Menschen sei ein katastrophaler Irrweg, so Blüm. Sein Fazit: „Die Welt darf nicht der Logik des Geldes folgen, wir brauchen eine Welt der Solidarität."

Für Sätze wie diesen erhielt Norbert Blüm Beifall: „Ohne soziale Gerechtigkeit sind Staaten nichts weiter als Räuberbanden."

An der Diskussionsrunde nahmen neben Blüm die beiden Vorsitzenden der gastgebenden Verbände, Sven Picker und Günther Ernst-Basten, die Staatssekretärin im Kieler Sozialministerium Anette Langner sowie die Landtagsabgeordnete Dr. Marret Bohn (Bündnis 90/Die Grünen) teil. Auch das Publikum beteiligte sich rege. Sven Picker plädierte für eine neue Belastungs- und Verteilungsgerechtigkeit in Deutschland. Alters- und Kinderarmut seien die Folgen einer ungerechten Politik. Das Rentensystem müsse die Lebensleistung der Menschen berücksichtigen. Günther Ernst-Basten wunderte sich, dass angesichts der aktuellen Lage die Menschen nicht längst auf die Straße gegangen sind. Dr. Marret Bohn erklärte: „Es ist nicht mehr die Frage, ob wir von oben nach unten umverteilen müssen, sondern wann wir es endlich tun." Einig war sich die Runde in der Forderung nach der Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen sowie einer Bürgerversicherung für die Pflege. Staatssekretärin Langner sicherte zu, dass Schleswig-Holstein nicht an Investitionen in die Zukunft sparen werde: „Die Schuldenbremse darf uns nicht davon abhalten, mehr für Bildung und Erziehung zu tun sowie gegen die Altersarmut vorzugehen."

Schleswig-Holstein

Familientag in der Tolk-Schau

Mehr als 650 SoVDler aus ganz Schleswig-Holstein kamen in den Freizeitpark Tolk-Schau, um gemeinsam den vom Kreisverband Schleswig-Flensburg ausgerichteten Familientag des SoVD im Land zwischen den Meeren zu verbringen.

Strahlender Sonnenschein und das reichhaltige Angebot des Freizeitparks sorgten für beste Laune. Auch das kulinarische Wohl kam nicht zu kurz. Insgesamt 1350 Bratwürste wurden gegrillt und von den SoVD-Mitgliedern genüsslich verzehrt.

Der Vorsitzende des Kreisverbandes Schleswig-Flensburg, Uwe-Dieter May, freute sich darüber, dass auch viele junge Leute den Familientag besuchten. Das zeige einmal mehr, dass der SoVD für alle Generationen da sei.

Die begehrteste Figur in der Tolk-Schau war der Roland-Bär.

Buchtipp

Das Schicksal ist ein mieser Verräter

„Krebsbücher sind doof“, sagt die 16-jährige Hazel, die selbst Krebs hat. Sie will auf gar keinen Fall bemitleidet werden und kann mit Selbsthilfegruppen nichts anfangen. Bis sie in einer Gruppe auf den intelligenten, gut aussehenden und umwerfend schlagfertigen Gus trifft. Der geht offensiv mit seiner Krankheit um. Die beiden diskutieren über Bücher, hören Musik, sehen Filme und verlieben sich ineinander. Gus macht Hazels großen Traum wahr: Gemeinsam fliegen sie nach Amsterdam, um dort den Autor von Hazels absolutem Lieblingsbuch zu treffen.

Die Geschichte zweier Teenager, die Krebs haben, ist anrührend. Sie ist oft ebenso traurig wie lustig und lässt einen nicht mehr los. John Green hat ein tiefgründiges und zugleich freches Jugendbuch über Krankheit, Liebe und Tod geschrieben, das auch Erwachsene lesen sollten.

John Green: Das Schicksal ist ein mieser Verräter. Hanser Verlag, empfohlen ab 13 Jahren, ISBN 978-3-446-24009-4, 16,90 Euro.

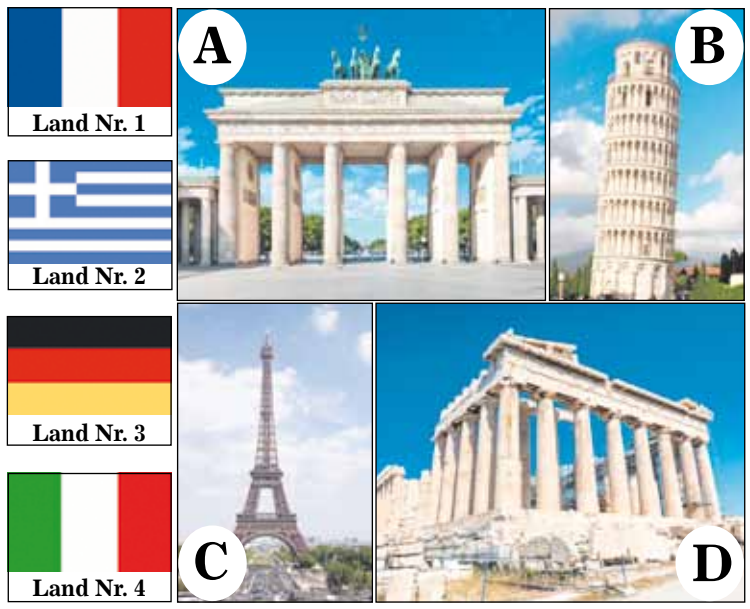
Wenn ihr eines der vorgestellten Bücher gewinnen wollt, dann schickt einfach eine E-Mail (Betreff „Schicksal“) an: buchtipp@sovd.de oder eine Postkarte mit dem gleichen Betreff an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. November.

Rolands Rätselecke

Berühmte Bauwerke

Dieses Mal ist Allgemeinbildung gefordert. Ihr müsst die Flaggen und die Bauwerke von insgesamt vier europäischen Ländern erkennen.

Schaut euch die mit den Buchstaben A bis D gekennzeichneten Bilder an. Darauf seht ihr bekannte Bauwerke, die jeweils auch das Erkennungszeichen des jeweiligen Landes sind, in dem sie stehen. Ihr sollt nun die abgebildeten Fahnen der Länder 1 bis 4 dem jeweiligen Bauwerk zuordnen. Kennt ihr vielleicht sogar den Namen der einzelnen Wahrzeichen? Die Lösung findet ihr wie immer auf Seite 18.



Fotos (von A bis D): kameraauge, frenta, marcito, sborisov/alle fotolia

Kurz gelacht

Völlig außer Atem rennt ein Mann über den Bootssteg auf ein zwei Meter entferntes Boot zu. Er wirft seinen Koffer hinein, springt hinterher und zieht sich mit letzter Kraft über die Reling. Erleichtert lächelt er dem staunenden Kapitän zu: „Geschafft!“ Der erwidert daraufhin trocken: „Meinen Glückwunsch. Aber warum haben Sie denn nicht gewartet, bis wir anlegen?“

Ein Polizist hält am Grenzübergang ein Auto an: „Herzlichen Glückwunsch! Sie sind in diesem Jahr der millionste Autofahrer, der diese Grenze überquert. Sie haben 5000 Euro gewonnen! Wofür wollen Sie das Geld denn ausgeben?“ Der Mann antwortet: „Ach, vielleicht mache ich dann ja mal den Führerschein.“ Seine Frau, die neben ihm sitzt, mischt sich ein: „Hören Sie nicht auf ihn, Herr Wachtmeister, er ist total betrunken.“ Daraufhin meldet sich von der Rückbank der Sohn der beiden zu Wort, der von dem Gespräch bisher nichts mitbekommen hat: „Ich wusste ja, dass wir mit dem gestohlenen Auto nicht weit kommen.“

Voll durchgeblickt

Zuflucht für verfolgte Menschen

Wenn in einem Land Krieg herrscht, fliehen viele Menschen aus Angst um ihr Leben von dort. Nimmt ein anderes Land diese Menschen dann bei sich auf, so nennt man das Asyl. In den letzten Wochen haben Politiker jedoch gesagt, einige dieser Asylbewerber kämen nur nach Deutschland, weil es ihnen hier besser gehe. Wer also erhält nun Asyl in Deutschland und wer wird abgewiesen?

Das Recht, in Deutschland Asyl zu bekommen, ist sehr wichtig. Deshalb wurde es sogar als Grundrecht in unsere Verfassung, das Grundgesetz, aufgenommen. Wer in seinem eigenen Land etwa aufgrund seines Glaubens, seiner Rasse oder seiner politischen Überzeugung verfolgt wird, kann in Deutschland Asyl erhalten. Hierfür muss jeder Ausländer zunächst einen Asylantrag stellen. Dieser wird dann von den Behörden geprüft.

Dieses Verfahren wurde zuletzt im Jahr 1992 deutlich erschwert. Damals hatten über 400 000 Menschen aus anderen Ländern Asyl beantragt. Seitdem ist diese Zahl deutlich gesunken und lag im letzten Jahr bei etwa 53 000.

Nachdem in den letzten Monaten wieder mehr Menschen in Deutschland um Asyl gebeten haben, schlagen einige Politiker Alarm. Sie behaupten, viele Asylsuchende würden gar nicht wirklich verfolgt. Sie würden ihre Heimat nur verlassen, weil es ihnen hier wirtschaftlich besser gehe. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) will diesen Menschen deshalb die Einreise nach Deutschland erschweren. Genau das ist aber gar nicht so einfach. Die Länder in Europa haben sich nämlich in den letzten Jahren darauf geeinigt, auf Kontrollen an den Grenzen weitestgehend zu verzichten.

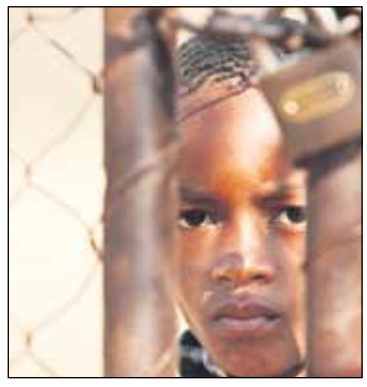


Foto: poco_bw/fotolia

Nicht alle Menschen, die nach Deutschland fliehen, dürfen auch tatsächlich hier bleiben.

Außerdem ist es auch wichtig zu wissen, dass die große Mehrheit der Asylanträge nicht anerkannt wird: Von 1000 Menschen, die bei uns einen Asylantrag gestellt haben, mussten 985 das Land wieder verlassen, nur 15 von ihnen bekamen tatsächlich Asyl.

Zeichnung: Matthias Herrndorff/SoVD

Zeitmaschine

Die „glorreichen Sieben“

Es ist kaum anzunehmen, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel auf die Idee kommen könnte, unser Grundgesetz aufzuheben. Widerspruch wäre ihr gewiss. Als jedoch 1837 der damalige Regent Ernst August I. die Verfassung für das Königreich Hannover aufhob, wagte kaum jemand zu widersprechen. Sieben Professoren aus Göttingen – unter ihnen auch die Brüder Grimm – erhoben am 18. November vor 175 Jahren dennoch Protest und gingen in die Geschichte ein.

Die Ursprünge der Ereignisse des Jahres 1837 reichen bis zur Niederlage Napoleons zurück. Die von ihm geführten Kriege hatten zu zahlreichen Veränderungen auf der Landkarte Europas geführt, weshalb auf dem sogenannten Wiener Kongress ganze Staaten neu entstanden. Eines dieser Herrschaftsgebiete war das Königreich Hannover, welches aus dem Kurfürstentum Braunschweig-Lüneburg hervorging. Es wurde zunächst in Personalunion vom englischen König regiert. Sein ausführlicher Titel lautete somit: Wilhelm IV., König von Hannover, Großbritannien und Irland.

Unter Wilhelms Herrschaft trat das Staatsgrundgesetz in Kraft. Dieses „Grundgesetz für Hannover“ sah überaus liberale Regelungen vor. Bürger und Bauern waren erstmals in der Ständeversammlung vertreten, zudem wurde der Einfluss der Regierung auf die Zusammensetzung des Magistrats der Stadt Hannover begrenzt. Dann jedoch starb Wilhelm IV. und Ernst August I. bestieg den Thron. Dem Welfenkönig war die freiheitliche Verfassung ein Dorn im Auge, weshalb er sie kurzerhand außer Kraft setzte.

Von links: Wilhelm und Jacob Grimm, Wilhelm Eduard Albrecht, Friedrich Christoph Dahlmann, Georg Gottfried Gervinus, Wilhelm Eduard Weber und Heinrich Georg August Ewald.

Dagegen protestierte am 18. November 1837 eine Gruppe von sieben Professoren, zu denen auch Jacob und Wilhelm Grimm gehörten. Sie verloren in der Folge ihre Stellung an der Göttinger Universität und wurden teilweise des Landes verwiesen. Der Protest der Gelehrten aber blieb nicht ohne Folgen: Ihre Schrift wurde bald in ganz Deutschland bekannt und brachte die Bevölkerung auf. Sie solidarisierten sich mit den „Göttinger Sieben“ und machten deutlich, dass sich freiheitliche Gedanken nicht mehr allein durch Verordnungen unterdrücken ließen.

Über seine Entlassung schrieb Jacob Grimm später: „Das Befugtsein gehört denen, die den Mut dazu haben.“ In dem ersten frei gewählten Parlament von 1848, der Frankfurter Nationalversammlung, erhielt Jacob Grimm einen Ehrenplatz.

Filmtipp

Kreutzer kommt … ins Krankenhaus

„Das macht Sie mächtig verdächtig!“ – Christoph Maria Herbst („Stromberg“) geht als Kommissar Kreutzer auf Mördersuche. Hierzu muss der brillante Kriminalist im Krankenhaus ermitteln. Und Kreutzer hasst Krankenhäuser. Aber was hilft's? Dort hat jemand in der Tiefgarage mit voller Wucht und Absicht eine attraktive Ärztin überfahren. Doch Kreutzer beißt zunächst auf Granit. Der Chefarzt der Klinik scheint ebenso ein Geheimnis zu verbergen wie auch der Ehemann des Opfers. Dreht sich etwa alles um das Herz einer Komapatientin, das verpflanzt werden soll? Die Spuren führen Kreutzer in Krankenzimmer und Operationssäle sowie zu Erpressungen und Betrug. Dabei weckt dieser Fall mehr Erinnerungen in ihm, als ihm lieb sein kann.

Kreutzer kommt … ins Krankenhaus (inklusive des ersten Films der Reiher „Kreutzer kommt“ als Bonus). Sony Music Sehgesellschaft, 2 DVDs, ab 12 Jahren, 14,99 Euro.

Um eine der vorgestellten DVDs zu gewinnen, schicken Sie einfach eine E-Mail (Betreff „Kreutzer“) an: filmtipp@sovd.de oder eine Postkarte mit dem gleichen Betreff an: SoVD, Redaktion, Stichwort „Kreutzer“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. November.

Redensarten hinterfragt

Vom Mahlen, Tuten und Blasen

Unsere Gesellschaft funktioniert nach klaren Regeln. Eine von ihnen lautet: „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst“. Oder heißt es „malt“ zuerst? Eine schwierige Frage. Schließlich können einem mangelnde Kenntnisse in der Rechtschreibung schnell den Ruf eintragen, man habe „von Tuten und Blasen keine Ahnung“. Lesen Sie deshalb am besten weiter, damit Sie im Bilde sind!

Wer glaubt, dass sich die folgende Redensart mit der Benutzung von Farben oder Buntstiften beschäftigt, liegt falsch: „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst“ widmet sich keinesfalls etwaigen Zeichenkünsten, vielmehr geht es dabei um das Mahlen von Korn. Der Ausspruch findet sich erstmals in dem sogenannten Sachsenspiegel wieder. Hierbei handelt es sich um ein Rechtsbuch aus dem 13. Jahrhundert.

Im Mittelalter brachte jeder Bauer oder Landbesitzer, der seine Felder abgeerntet hatte, das Getreide zur Mühle, damit es dort gemahlen werden konnte. Je nachdem, wie groß dabei der Andrang war, musste man sich auf etwas Wartezeit einstellen. Kam nun zum Beispiel ein Fürst oder sonst ein Adliger mit seinem Getreide an die Mühle, dann galten für diesen die gleichen Rechte wie für die armen Bauern. Diese konnten auf den Sachsenspiegel verweisen, in dem stand, dass derjenige zuerst sein Korn mahlen durfte, der zuerst an der Mühle angekommen war.

Foto: vibe images / fotolia

Törööh! Von Tuten und Blasen keine Ahnung? Von wegen. Woher kommt die Redensart?

Eine weitere Redensart ist ebenfalls im Mittelalter entstanden. Damals gingen Nachtwächter durch die dunklen Straßen, um nach dem Rechten zu sehen. Brach etwa ein Feuer aus oder wurde ein Einbruch verübt, dann bliesen sie in ihr Horn, um dadurch die Einwohner zu warnen. Ebenso war es ihre Pflicht, durch ein hörbares Tuten die Sperrstunde einzuläuten. Nun war der Beruf des Nachtwächters zwar sehr wichtig, erforderte aber auch keine besonderen Qualifikationen. Um diesen Beruf auszuüben, musste man vor allem nachts wach bleiben. Wer noch nicht einmal dazu in der Lage war, von dem sagten die Leute, er habe von Tuten und Blasen keine Ahnung.

Denksport

Der Herbst steht Kopf

Foto: Fotowerk / fotolia

Was die Farbe der Blätter betrifft, geht es im Herbst wieder einmal reichlich bunt zu. Hoffentlich müssen Sie sich nicht erst auf den Kopf stellen, um die fünf Details zu finden, die wir in dem unteren Bild verändert haben! Die Lösung steht auf Seite 18.

Buchtipp

Weihnachtsmagie

Die besinnlichen Tage zwischen Weihnachten und Neujahr haben schon manchen um die Besinnung gebracht.
Joachim Ringelnatz

Damit das von Ringelnatz beschriebene Szenario nicht eintritt, empfiehlt sich ein Blick in diesen literarischen Adventskalender. Insgesamt 24 Geschichten regen zum Lesen und Vorlesen an. Sie stimmen auf Weihnachten ein und bereichern auf unterhaltsame Weise auch die Feiertage. Hierfür stehen Autoren wie Peter Härtling, Vicki Baum, Heinrich Böll, Hans Fallada, Daphne du Maurier oder Erich Kästner. Zusätzlich gibt es Weihnachtsrezepte und originelle Rätselfragen.

Weihnachtsmagie. Der literarische Adventskalender. Rütten & Loening, 384 Seiten, ISBN 978-3-352-00844-3, 12,99 Euro.

Um eines der Bücher zu gewinnen, schicken Sie eine E-Mail (Betreff „Weihnachtsmagie“) an: buchtipp@sovd.de oder eine Postkarte mit dem gleichen Betreff an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. November.

Variante: LEICHT

3						7	6	4
			6		9			
6				3	2	○	1	
9	1	6					5	
7		5		8		2		9
	2	○				6	7	1
	6		2	5				7
			8	○	7			
4	7	3						8

081

Auflösung des Vormonats

9	5	4	8	1	2	3	6	7
7	2	6	3	9	4	8	5	1
3	1	8	7	6	5	9	2	4
1	4	2	9	5	7	6	3	8
6	7	3	2	4	8	1	9	5
8	9	5	1	3	6	4	7	2
5	8	1	6	2	3	7	4	9
4	6	7	5	8	9	2	1	3
2	3	9	4	7	1	5	8	6

Die beiden Diagramme sind mit den Zahlen 1 bis 9 aufzufüllen.

Dabei darf jede Zahl in jeder Zeile und jeder Spalte und in jedem 3x3-Feld nur einmal vorkommen.

Variante: MITTEL

3	4					7	2	
6			7		3	○		
7	9					8		
4			6			5		
	○		9	8	1			
		7			4			9
		6					5	8
			1	○	6			3
	5	3					1	4

Auflösung des Vormonats

4	9	3	7	2	1	6	5	8
5	8	7	9	6	4	1	2	3
1	2	6	3	8	5	9	7	4
2	5	1	4	7	8	3	9	6
8	6	4	2	3	9	7	1	5
7	3	9	1	5	6	8	4	2
9	7	2	8	4	3	5	6	1
3	4	5	6	1	7	2	8	9
6	1	8	5	9	2	4	3	7

Um einen Buchpreis zu gewinnen, senden Sie einfach eine Postkarte mit den gesuchten, eingekreisten Zahlen (in der Reihenfolge von oben nach unten) an: SoVD, Abteilung Redaktion, Stichwort „Sudoku“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Oder schicken Sie eine E-Mail an: sudoku@sovd.de. Bitte vergessen Sie nicht, unbedingt Ihre Adresse anzugeben! Einsendeschluss ist der 15. November.

Was so nicht im Lexikon steht

Der Bierkrieg

Im Jahr 1910 war die Haushaltslage des Deutschen Reichs äußerst angespannt. Die Hochrüstungspolitik Kaiser Wilhelms II. hatte an den Rand des Staatsbankrotts geführt und der neue Reichskanzler Theobald von Bethmann-Hollweg setzte auf höhere Steuern. Auch Bayern musste sich dem Druck Preußens beugen. Die dortige katholische Zentrumspartei kam auf die glorreiche und sittenreinigende Idee, das Volksnahrungsmittel zu besteuern, das Bier. „Biersteuer“ mochte man es gschamigerweise nicht nennen, also „Malzaufschlaggesetz“. Am 18. März wurde es amtlich. Die Brauer gaben den Aufschlag an die Wirte und Flaschenbierverkäufer weiter, die an die Kunden. Eine Maß Bier kostete nun 26 statt 24 Pfennig.

Foto: Eisenhans / fotolia

Die Erhebung einer Biersteuer führte 1910 zu einem Boykott des Gerstensafts.

Ein Aufstand brach los! In Lindau stieg man auf Most um, im Allgäu trank man nunmehr Limonade und Apfelschorle, in Nieder- und Oberbayern wurde es heftiger.

Im Verlauf des an Heftigkeit zunehmenden Bierkrieges kam es zu Protesten, Bierboykott, Prügeleien und zu Brandstiftungen in Gars und Rott am Inn, auch Todesopfer waren zu beklagen. Bei alledem hielten sich die amtlichen Stellen, trotz harscher Mahnungen aus München, sehr zurück; auch die Gendarmen, denn sie wollten den neuen Bierpreis ebenfalls nicht zahlen. Am 5. Juni 1910 kulminierten die Ausschreitungen: Im oberbayerischen Dorfen inszenierten Handwerker und Knechte Unruhen, in deren Verlauf mehrere Wirtshäuser in Schutt und Asche gelegt wurden. Daraufhin wurden in München bereits die Soldaten in Marschbereitschaft versetzt, kamen aber nicht mehr zum Einsatz. Die Preiserhöhung wurde zurückgenommen.

2010 wurde in Dorfen der 100. Jahrestag dieses Aufstandes feierlich mit Bierkrieg-Festspielen begangen, bei dem auch ein Bühnenstück mit 100 Mitwirkenden aufgeführt wurde. Dazu gab es ein Spezialbier der damals arg gebeutelten Brauerei Bachmayer. Der Preis war akzeptabel.

Die Texte erscheinen mit freundlicher Genehmigung des Harenberg Verlages. Sie stammen aus dem Tageskalender „Brockhaus – Was so nicht im Lexikon steht 2013“.

Sind Sie neugierig geworden? Weitere Erkenntnisse bietet der Tageskalender „Brockhaus – Was so nicht im Lexikon steht 2013“, Harenberg, ISBN 978-3-8400-0526-8, 14,99 Euro. Oder gewinnen Sie einen Kalender! Schreiben Sie eine Postkarte an: SoVD, Redaktion, Stichwort „Brockhaus“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin oder eine E-Mail an: redaktion@sovd.de (Betreff: Brockhaus). Einsendeschluss ist der 15. November.

Gewinner des Monats

Kreuzworträtsel: Sigrid Olzog (Uetze), Hans-Jochen Mannitz (Bösdorf), Renate Korbun (Oberursel).
Sudoku: Volker Mordhorst (Kiel), Edelgard Redetzky (Vellahn), Heinrich Garbe (Laatzen).
Buchtipp (Fallada): Irmtraud Altmann (Munster), Alois Becker (Spahnharrenstätte), Gabi Balle (Ulm / Donau).
Buchtipp (Alles muss…): Karin Linde (Braunschweig), Ehepaar Goldenstein (Hinte), Renate Hinderscheidt (Berlin).
Tipp für Kinder (Nick Perfect): Christopher Schmerbeck (Osnabrück), Rita Göck (Brühl), Horst Küllmer (Vellmar).
Musiktipp (Kuschel-Klassik): Monika Treybig (Wedel), Martin Schön (Kiel), Monika Laschkowski (Goldberg).
Kalender (Ist es wahr, dass…): Bärbel Eckhoff (Karbow-Vietlübbe), Werner Luft (Wickede).

Des Rätsels Lösung

Berühmte Bauwerke
- Land Nr. 1, Frankreich / C (Eiffelturm)
- Land Nr. 2, Griechenland / D (Parthenon)
- Land Nr. 3, Deutschland / A (Brandenburger Tor)
- Land Nr. 4, Italien / B (Turm von Pisa)

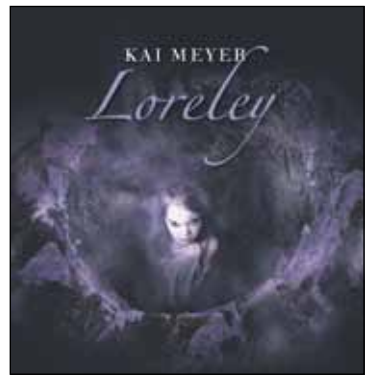
Der Herbst steht Kopf
Die Unterschiede haben wir mit kleinen Kreisen markiert.

Mit spitzer Feder

Hörbuchtipp

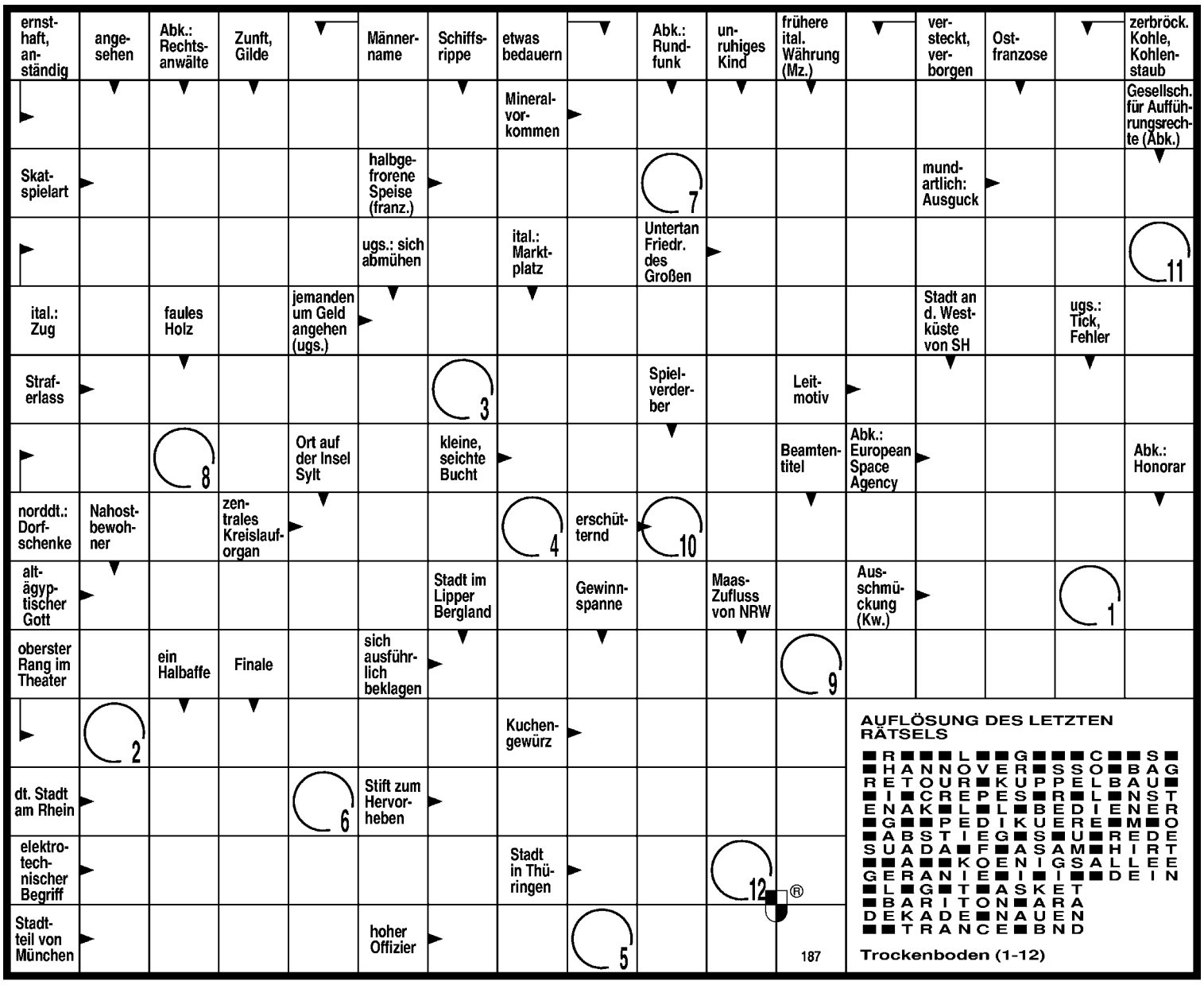
Loreley

„Ich weiß nicht, was soll es bedeuten“, so beginnt Heines Gedicht von der Loreley – jenem Mädchen, das auf dem Felsen saß und dabei so schön sang, dass ganze Schiffsbesatzungen vor Verzückung in ihr Verderben fuhren. Dieser mittelalterlichen Sage bedient sich Erfolgsautor Kai Meyer: Im Jahre 1320 kauert auf einer Klippe hoch über dem Rhein ein kleines Mädchen in einem vergitterten Felsschacht. Noch ahnt Ailis, die beim Burgschmied in die Lehre geht, nichts von dem dunklen Geheimnis der Gefangenen. Doch dann droht der magische Lockruf der Loreley das Land am Rhein ins Verderben zu reißen. Einzig Ailis kann die Gefahr abwenden. Ihr Weg führt sie geradewegs in das rätselhafte Reich des Spielmannszaubers. Ein düsteres, athmosphärisch dichtes Hörspiel für Erwachsene.



Kai Meyer: Loreley. Zaubermond Audio, Hörspiel von Marco Göllner (4 CDs), ca. 300 Minuten, 29,95 Euro.

Wenn Sie eines der Hörspiele gewinnen wollen, schicken Sie eine E-Mail (Betreff „Loreley“) an: buchtipp@sovd.de oder eine Postkarte an: SoVD, Redaktion, Stichwort „Loreley“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. November.



1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12

Das Lösungswort zum Gewinnen eines Buchpreises bitte bis zum 15. November einsenden an: SoVD, Redaktion, Stichwort: „Kreuzworträtsel“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, oder per E-Mail: kreuzwortraetsel@sovd.de. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre Adresse anzugeben!

Impressum

SoVD – Soziales im Blick erscheint jeweils zum Monatsanfang (11 Ausgaben pro Jahr, Doppelausgabe für Juli / August). Herausgeber ist der Sozialverband Deutschland e. V., Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, Tel.: 030 / 7 26 22 20, Fax: 030 / 7 26 22 21 45, E-Mail: redaktion@sovd.de.

Redaktion: Veronica Sina (veo / verantwortlich), Joachim Baars (job), Brigitte Grahl (bg), Steffi Rose (Bildbearbeitung), Roswitha Moldenhauer (Redaktionsassistenz). Für Anzeigen oder Werbebeilagen ist diese Zeitung lediglich Werbeträger; eine Empfehlung des SoVD für vorgestellte Produkte ist damit nicht verbunden. Veröffentlichte Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nicht zurückgesandt. Der Bezugspreis wird im Rahmen des Verbandsbeitrages erhoben.

Anzeigenverwaltung: Dialog Welt GmbH, Lugwaldstraße 10, 75417 Mühlacker, Tel.: 07041 / 95070, Fax: 07041 / 950799.

Verlag: Publikom Z Verlagsgesellschaft mbH, Frankfurter Straße 168, 34121 Kassel.

Druck und Vertrieb: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG, Wilhelmine-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel.

Auflage: Die verbreitete Auflage betrug nach IVW im 3. Quartal 2012 insgesamt 405 543 Exemplare.

Ausrutscher können Mieter und Vermieter teuer zu stehen kommen

Wer ist für das Herbstlaub verantwortlich?

„Glatteis ohne Frost“ nennen Haftpflichtversicherer das Herbstlaub auf den Bürgersteigen. Die bunten Blätter bilden – besonders bei Nässe – eine glitschige Schicht. Wie bei der Räum- und Streupflicht im Winter besteht auch im Herbst die Pflicht, dafür zu sorgen, dass Gehwege gefahrlos benutzt werden können. Doch wer muss wann zum Besen greifen?

Normalerweise haben die Gemeinden die Pflicht zum Kehren der Bürgersteige auf die Eigentümer der angrenzenden Grundstücke übertragen. Diese wiederum vereinbaren üblicherweise mit ihren Mietern, dass sie für „Sauberkeit auf dem Gehsteig“ zu sorgen haben; sie wohnen schließlich näher am Gefahr bringenden Objekt. Doch rein rechtlich bleibt der Vermieter verantwortlich dafür, dass vor seinem Haus alles mit rechten Dingen zugeht. Ein „laubgeschädigter“ Passant kann sich also an den Vermieter halten, der wiederum auf den jeweiligen beauftragten Mieter zurückgreifen kann.

Niemand kann den ganzen Tag „Besen bei Fuß“ stehen

Doch ein Urteil des Landgerichts Coburg zeigt, dass Fußgänger nicht immer mit Schadenersatz rechnen können, wenn sie auf nassem Laub ausrutschen und sich verletzen. Sie hätten auch selbst aufzupassen. Die Richter sprachen einen Hausbesitzer frei, der erst wenige Tage vor dem Unfall den Bürgersteig vor seinem Anwesen gekehrt hatte. Er müsse nicht jeden Tag „nachkehren“, so das Gericht (AZ: 14 O 742/07).

Türmt sich das Laub, so muss häufiger gekehrt werden

Ein besonderer Fall sind Komplexe mit Eigentumswohnungen. Hier sind alle Wohnungseigentümer gemeinsam verpflichtet, dass vor ihrem Anwesen nichts Schlimmes passiert. Doch wie kann man sich gegen Schadenersatzforderungen von Fußgängern, die sich verletzt haben, versichern? Die Privathaftpflichtversicherung hilft Besitzern von selbst genutzten Eigenheimen, Eigentums- und Ferienwohnungen; für Mehrfamilienhäuser oder vermietete Einfamilienhäuser tritt gegebenenfalls deren Haus- und Grundeigentümer-Haftpflichtversicherung ein. Und der Mieter?

Für ihn kann es wichtig sein, über eine Privat-Haftpflichtversicherung zu verfügen – für den Fall, dass er vom Vermieter (oder dessen Versicherung) schadenersatzpflichtig gemacht wird, weil er seiner Reinigungspflicht nicht nachgekommen ist. Es kommt jedoch auf den Einzelfall an: Türmt sich das Laub, so muss häufiger gekehrt werden. Andererseits ist es niemandem zuzumuten, den ganzen Tag „Besen bei Fuß“ zu stehen.

Foto: BildPix.de/fotolia

Das Herbstlaub bringt manchen Hausbesitzer zur Verzweiflung. Sie müssen jedoch nicht mit dem Besen neben dem Baum stehen.

Auch die Gemeinde muss nicht alle Nase lang das Laub auf öffentlichen Straßen wegfegen. Eine Verkehrssicherung, die jeden Unfall ausschließt, sei insbesondere im Herbst nicht erreichbar, urteilte hierzu das Kammergericht Berlin (KG Berlin, 9 U 134/04). *wb*

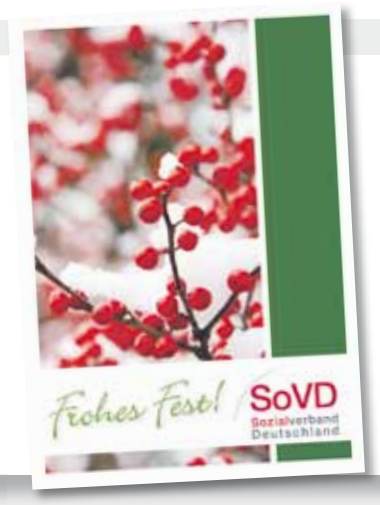
Anzeige

SoVD-Kaufhaus
www.sovd-kaufhaus.de

Tolle Angebote finden Sie im Internet!

Starke Angebote für jeden Anlass!

SoVD Sozialverband Deutschland



Karte „Weihnachtsbeeren“ mit Umschlag (Artikel-Nr.: SoVD 2170)
Im Inntenteil befindet sich ein stimmungsvoller Text sowie genug Platz für die Anbringung des KV/OV-Stempels und einer Unterschrift.
Mindestabnahme: 10 Stück
Menge: _____ **Preis/Stück 0,15 Euro**

Wärmekissen (Artikel-Nr.: SoVD 2171)
Wenn es richtig kalt ist, hilft dieses praktische Wärmekissen. Es passt in jede Jackentasche und ist immer wieder verwendbar.

Mindestabnahme: 3 Stück
Menge: _____ **Preis/Stück 1,25 Euro**

Brotdose (Artikel-Nr.: SoVD 2135)
Praktisch für jeden Tag, zu Hause oder unterwegs – der SoVD ist immer dabei.

Mindestabnahme: 2 Stück
Menge: _____ **Preis/Stück 2,65 Euro**

Alle Preise gelten zzgl. Versandkosten und Verpackungskosten (8,27 Euro). Bitte schicken oder faxen Sie die Bestellung an die unten genannte Adresse.

Name, Vorname: _____

Adresse: _____

MSI Marketing Services Ilsede GmbH | Frehenbergstraße 36 | 31241 Ilsede
Telefon: 05172/3700-17 | Fax: 05172 / 3700-37 | E-Mail: sovd@msi-ilsede.de

Frage des Monats

Was verdienen unsere Politiker wirklich?

Zuletzt musste sich SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück für seine Nebenverdienste rechtfertigen: Sollten Abgeordnete am besten gleich alle ihre Einkünfte offenlegen? Doch zunächst schauen wir zurück auf die Frage des vergangenen Monats. Dabei ging es um die Einführung einer Vermögenssteuer.

Fotos (2): apops/fotolia

Die Höhe der Nebeneinkünfte von Politikern wollen Sie wissen? Na, wollen wir mal sehen: „Abrakadabra...“

Wenn das Ergebnis unserer zurückliegenden Frage des Monats auch nicht repräsentativ ist, so fällt es zumindest doch relativ eindeutig aus: Während nur 17 Prozent mit „Nein“ gestimmt haben, fordern beachtliche 83 Prozent der Teilnehmer die Einführung einer Vermögenssteuer in Deutschland.

Zu den Unterstützern einer solchen Maßnahme gehören auch Eckhard und Ursula Peter aus Himmelpforten. Sie sprechen sich neben einer Besteuerung großer Vermögen auch zusätzlich für eine höhere Erbschaftssteuer aus: „Damit werden die Einnahmen des Bundes, der Länder und der Kommunen deutlich erhöht. Darunter wird keine wirtschaftliche Entwicklung leiden, jedoch ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit möglich.“ In ihrem Brief an die SoVD-Zeitung verweist das Ehepaar auf das geflügelte Wort, wonach derjenige mit den breiteren Schultern auch eine größere Last tragen sollte.

Von einer anderen Seite nähert sich Rolf-Michael Holz aus Bleckede dem Thema Vermögenssteuer. Er sieht die Gefahr einer Kapitalflucht und regt folgende Herangehensweise an: „Interessanter wäre die Frage, wie das vorhandene Vermögen innerhalb Deutschlands investiert werden kann, damit viele davon einen Vorteil haben und nicht nur die, die sich das Geld erarbeitet haben. Gefragt sind hier einerseits der, der das Geld hat, andererseits Firmen, Personen, Institutionen, aber auch der Staat, das vorhandene Kapital so anzulegen, dass es für viele einen Ertrag bringt.“

Um die Verteilung von Geld im weitesten Sinne dreht es sich auch in unserer Frage des Monats November. Wir wollen von Ihnen wissen:

... „drei mal schwarzer Kater!“ Politiker tun sich bei der Veröffentlichung der Höhe ihrer Nebeneinkünfte bisher leider schwer damit, eine Lösung aus dem Hut zu zaubern.

Wer als Abgeordneter des Deutschen Bundestages tätig ist, erhält hierfür monatlich eine Entschädigung („Diät“). Hinzu kommen vielfach lukrative Nebentätigkeiten. Sollen Politiker sämtliche Einkünfte uneingeschränkt offenlegen?

Unter www.sovd.de können Sie sich beteiligen und den aktuellen Stand der Abstimmung einsehen. Dort können Sie auch eine eigene Antwort formulieren, die wir nach Möglichkeit in unsere Berichte einfließen lassen. Unsere Anschrift für den Postweg finden Sie unter „Briefe an die Redaktion“ auf dieser Seite.

Briefe an die Redaktion

„Viele trauen sich nicht aufs Amt“

In der Rubrik „Briefe an die Redaktion“ veröffentlicht die Redaktion gerne Lob und Kritik der Leser von „Soziales im Blick“. Auf einen Artikel bezogene Zuschriften können dabei auszugsweise sowie unter Angabe von Namen und Wohnort abgedruckt werden. Ein Anrecht auf Abdruck oder Veröffentlichung im Internet besteht nicht. Die Leserbriefe geben zudem nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder. Bitte richten Sie Ihre Zuschriften an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin.

Foto: dron/fotolia

In der letzten Ausgabe hatten wir darüber berichtet, dass viele Menschen aus Scham den Gang etwa zum Sozialamt scheuen.

Nach der Lektüre des Titelthemas „Verdeckte Armut unter Älteren“ (Soziales im Blick 10/2012, Seite 1–2) schildert Gerhard Gaugusch (Königsbrunn) seine Erfahrungen:

Obiger Artikel triff voll und ganz zu. Möchte aber noch hinzufügen, dass viele Antragsteller von den Sachbearbeitern der Ämter sehr oft als Menschen 5. Klasse behandelt und sogar als Lügner bezeichnet werden. (...) Man wird dort oft wie der letzte Dreck behandelt und deswegen trauen sich viele Leute erst gar nicht aufs Amt. Gott sei Dank sind nicht alle Sachbearbeiter so, es gibt schon nette Ansprechpartner auch, man kann sich diese Leute leider nicht selbst heraussuchen. Meine Frau und ich hatten sehr oft den Eindruck, als müsste der Sachbearbeiter unsere Grundsicherung aus eigener Tasche bezahlen.

Zu dem gleichen Thema schreibt auch Herbert Bicknese (Minden). Er kritisiert eine Ungleichbehandlung beim Thema Altersarmut:

Im Grundgesetz steht geschrieben, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind. Leider muss ich feststellen, dass es bei uns in Deutschland Personen gibt, die eben nicht gleich behandelt werden. Bei Arbeitnehmern wurde das Rentenniveau auf 51 Prozent gesenkt. Bei den Beamten ist das Pensionsniveau auf 71,75 Prozent plus einem Weihnachtsgeld. Ist diese Ungleichbehandlung noch gerecht?

Mit dem Artikel „Begleitung auch auf dem letzten Weg“ (Soziales im Blick 9/2012, Seite 3) setzt sich SoVD-Mitglied Friedrich Widmann (Berlin) näher auseinander:

Was überwiegt beim Lesen? Trauer, Empörung, Zorn? Da wird gefordert, jeder Mensch müsse das Recht auf ein Sterben unter würdigen Bedingungen haben. Wenn er denn erst mal auf ein würdiges Leben ein Recht hätte. Dass es ihm dann gewährt würde, dieses Recht, ist eine weitere Sache.

Wie weit diese Gesellschaft dabei fortgeschritten ist, die Menschen als Kostenfaktor, als Element einer Kostenrechnung zu sehen, wird tagtäglich an Millionen Menschen gezeigt. Hier in diesem Land, hier auf dieser Welt. Zu lesen ist es in jeder Ausgabe dieser Zeitung neu, und nicht nur hier. Seien diese Menschen nun Asylbewerber – auch wenn es sich um Menschen handeln würde, die „nur“ besser leben wollten – , seien es die Erwerbsunfähigen oder -geminderten, die Langzeitarbeitslosen.

Die Meldung „Asylbewerber erhalten mehr Geld“ (Soziales im Blick 9/2012, Seite 6) kommentiert Manfred Kristen (Duderstadt):

Wenn der SoVD das Urteil des Bundesgerichtshofs begrüßt, so bin ich als Mitglied (und ich bin gewiss nicht der einzige) keinesfalls der Meinung, dass auf Kosten des Steuerzahlers wahnwitzige Gelderhöhungen in eigentlich überdimensionalen Höhen für Asylbewerber vorgenommen werden müssen, obwohl diese im Gegensatz zu Kleinrentnern ohnehin jegliche Leistungen bezahlt bekommen. (...) Eine solche Politik und einen solchen Gerichtshof wird der normal denkende Bürger kaum verstehen – besonders, da Deutschland/Europa selbst mit ihrem Krisenmanagement am Rande des Abgrunds stehen.

(Anmerkung der Redaktion: Die Leistungen für Asylbewerber lagen seit 1993 unverändert bei 224 Euro monatlich für einen Erwachsenen. Seit August erhält ein alleinstehender Asylbewerber 346 Euro monatlich. In vielen Bundesländern werden Sachleistungen gewährt; in bar gezahlt werden muss lediglich ein Taschengeld. Dieses stieg von 40 auf 130 Euro.

Sauerland

HOTEL ZUR IGELSTADT Top Hotel Sauerland-Edersee-Top Gruppenpreis HP ab 29,--!!!
30 DZ u. 20 EZ, Lift, alles NEU
Igelstadt Hotels · 35104 Lichtenfels-Fürstenberg
☎ 05635-16 89 · Fax 05635-1401 · www.igelstadt.de

Schwarzwald

Heilkl. Kurort Höchenschwand Hochschwarzwald. Ferien im „Dorf am Himmel“ auf der Sonnenterrasse des Schwarzwaldes, herrliches Wandergebiet, Ausflüge Schweiz + Frankreich. Gemütl. FeWo´s für 2-5 Personen ab 23 €; **I. Brehmer · Alemannenstr. 9 79761 Waldshut-Tiengen · ☎ 07741/3236 · www.ferienhaus-brehmer.de**

Ihr neuer Anzeigenvermarkter der SoVD Zeitung!
DIALOGWELT
· Kooperationsmarketing · Mediaplanung · Listbroking
Ansprechpartner:
Dialog Welt GmbH | Aniko Brand
Lugwaldstraße 10 | 75417 Mühlacker
Telefon: 07041 / 9507-288
Telefax: 07041 / 9507-289
E-Mail: aniko.brand@dialogwelt.com
Wir freuen uns auf Ihre Buchungen!

„Einer wird gewinnen“ mit Hans-Joachim Kulenkampff

So macht selbst Europa Spaß

Angesichts Wirtschaftskrise und Griechenland-Rettung hätte eine Unterhaltungssendung zum Thema Europa wohl schlechte Chancen. Als Hans-Joachim Kulenkampff noch „Einer wird gewinnen“ moderierte, sah das jedoch anders aus. Charmant führte er Kandidaten aus acht europäischen Ländern durch die Quizshow. Vor genau 25 Jahren lief Kulis EWG zum letzten Mal.

Foto: Kurt Bethke/HR

Moderator alter Schule: Hans-Joachim Kulenkampff.

Ursprünglich bezeichnete das Kürzel EWG die 1957 gegründete Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Nach dem Start der ARD-Sendung „Einer wird gewinnen“ standen die Buchstaben jedoch für Unterhaltung am Samstagabend. Kandidaten aus acht verschiedenen Ländern spielten um den Sieg und trugen so den europäischen Gedanken in die Wohnzimmer der Zuschauer. Verständigungsprobleme löste Hans-Joachim Kulenkampff auf bewährt charmante Art; notfalls mit Hand und Fuß.

Zu den Merkmalen von EWG gehörte, neben einer chronischen Überziehung der Sendezeit, der Auftritt von Martin Jente. Als Butler half er Kuli in den Mantel und kommentierte den Verlauf der Sendung. Ein weiterer fester Bestandteil waren kurze, amüsante Filmchen. In diesen übernahm der leidenschaftliche Schauspieler Kulenkampff diverse Rollen, zu denen die Kandidaten dann im Anschluss Fragen beantworten mussten. Ein Höhepunkt war der Auftritt von Kuli mit den Musikern Bully Buhlan, Gerhard Wendland und Willy Berking. Mit Pilzkopf-Perücken ausgestattet traten diese als Beatles auf und bewegten die Lippen zu „She loves you“.

Foto: Kurt Bethke/HR

Original oder Fälschung? Nicht einmal die Beatles waren vor Kulis (vorne im Bild) Humor sicher.

Am 21. November 1987 lief EWG zum letzten Mal. Im selben Jahr erschien Kulis „Ex-Butler“ Martin Jente überraschend bei „Wetten, dass...?“. Thomas Gottschalk, der die Sendung gerade von Frank Elstner übernommen hatte, bat Jente um einen Kommentar. Gewohnt ironisch antwortete dieser: „Nachdem ich Sie heute hier gesehen und gehört habe, weiß ich erst, was ich an Herrn Kulenkampff hatte.“

Die unbekannte Seite von Gunter Sachs

Von wegen „Playboy“

Man kannte ihn als Gentleman, Fotograf und Kunstsammler. Weniger bekannt war sein Engagement für Kinder in Not. Am 14. November wäre Gunter Sachs 80 Jahre alt geworden.

Als Erben aus dem Hause Opel und Sachs plagten Gunter Sachs wohl nie wirkliche Geldsorgen. Zu Unrecht jedoch wurde sein späterer Lebensstil häufig allein vor diesem Hintergrund gesehen. Schließlich absolvierte der Deutsch-Schweizer neben einem Wirtschafts- und Mathematikstudium zwei Lehren sowie ein Dolmetscherdiplom.

Ganz ohne Zweifel waren seine Affäre mit der früheren persischen Kaiserin Soraya oder seine Ehe mit Brigitte Bardot für die Klatschpresse ein gefundenes Fressen. Doch der erfolgreiche Fotograf und Filmemacher wirkte auch im Stillen. Er unterstützte die medizinische Grundlagenforschung und spendete große Summen für die Stiftung seiner Frau Mirja, die sich um Kinder in Not kümmerte. Die beiden waren seit 1969 verheiratet.

Gunter Sachs, der 2011 freiwillig aus dem Leben trat, wäre am 14. November 80 Jahre alt geworden. Zu seinem Ruf als „Playboy“ hatte er einmal erklärt, dass man mit Sportwagen und teuren Anzügen zwar auf sich aufmerksam machen könne, nachhaltig beeindruckt seien Frauen davon aber nicht.

Foto: Waltraud Grubitzsch/EPA

Der Künstler und sein Werk: Der junge Gunter Sachs als Foto (oben) und „in echt“.

Wer bin ich?

Meinen Namen wollen Sie wissen? Nun, lassen Sie mich Ihnen einige Hinweise geben: Geboren wurde ich am 25. November vor 100 Jahren in England. In meiner Heimat wurde ich leidlich bekannt, in Deutschland erreichte ich als Krimiautor jedoch Kultstatus. Begonnen hatte damals alles im Radio. Die Fälle meines Helden, im Hauptberuf übrigens ebenfalls Schriftsteller, waren allerdings so verwickelt, dass am Ende meist keiner mehr wusste, wer nun der Täter war. Später ging die Mörderjagd dann im Fernsehen weiter. Während Heinz Drache als Kommissar noch rätselte, hatte ein Spaßvogel aus Berlin den Täter per Zufall erraten. Anerkennung brachte ihm diese Leistung aber nicht ein. Naja, er hätte es ja auch nicht unbedingt gleich in der Zeitung abdrucken müssen...

Die Auflösung zu meiner Person finden Sie rechts unten auf dieser Seite. Drehen Sie dazu die Zeitung einfach auf den Kopf!

ARD-Themenwoche „Leben mit dem Tod“ vom 17. bis zum 23. November

Die Sprachlosigkeit überwinden

Wie gehen wir als Gesellschaft mit dem Tod um? Diesen und weiteren Fragen widmet sich ab dem 17. November im Radio und im Fernsehen eine Themenwoche der ARD. Zu den prominenten Paten des Projektes gehören die Theologin Margot Käßmann, der Moderator Reinhold Beckmann und der Kabarettist Dieter Nuhr.

Mit zahlreichen Berichten, Diskussionen und Filmen möchte die ARD dazu beitragen, die Sprachlosigkeit im Angesicht von Tod und Trauer zu überwinden. Margot Käßmann vertritt die Themenwoche als Patin nach außen. Sie findet, dass Sterben und Tod gerade in den Medien oft verdrängt werden: „Da gibt es zwar Krimis zu sehen, aber was Sterbeprozess bedeutet, wie Menschen mit Trauer umgehen, dafür ist kein Sendeplatz, keine Zeit.“

Für „Blaubeerblau“ hat sich zum Glück noch ein Sendeplatz gefunden. Es ist ein Film über den Tod, der trotzdem Lust aufs Leben macht. Im Mittelpunkt steht Fritjof, der in einem Hospiz auf seinen todkranken Schulkameraden Hannes trifft. Während dieser stirbt, findet Fritjof zum ersten Mal so etwas wie Lebensmut. „Blaubeerblau“ läuft am 21. November um 20.15 Uhr in der ARD. Einschalten lohnt sich!

Weitere Hinweise zu den Inhalten und Sendezeiten der ARD-Themenwoche finden Sie in Ihrer Rundfunk- und Fernsehzeitschrift sowie natürlich in der Tagespresse.

Foto: Paul Schirnhofer/ARD

V. li.: Dieter Nuhr, Margot Käßmann und Reinhold Beckmann sind Paten der Themenwoche.

Foto: MDR/BR/Polyphon/Jürgen Olczyk

In „Blaubeerblau“ sorgt eine Kuh am Sterbebett für Verwirrung. Dabei erfüllt Fritjof seinem Freund nur einen letzten Wunsch.

Die gesuchte Person ist der britische Schriftsteller Francis Durbridge.